

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 4,50 RM., monatlich 1,50 RM.  
 (bei im Haus, vorausschickend Einzelne  
 Nummern 10 Pf.)  
 Postbezug: Monatlich vom Postamt abgeholt 1,50 RM., vom Postträger ins Haus gebracht 1,64 RM.  
 Unser Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8,- RM., für das übrige Ausland 4,50 RM. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.  
 Postbestellungen nehmen an: Edinburg, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Völkervereinigungs-Verzeichnisse.  
 Verkauft täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Anzeigenpreis:**  
 Die Anzeigenpreise sind in der Beilage „Anzeigenpreisliste“ abgedruckt. Das erste Wort kostet 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Schlusswörter 2 Pf.).  
 Die Anzeigenpreise sind in der Beilage „Anzeigenpreisliste“ abgedruckt. Das erste Wort kostet 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Schlusswörter 2 Pf.).  
 Die Anzeigenpreise sind in der Beilage „Anzeigenpreisliste“ abgedruckt. Das erste Wort kostet 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. (Schlusswörter 2 Pf.).

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Mittwoch, den 12. Juni 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Das gleiche Wahlrecht abermals abgelehnt!

## Die Verhandlungen mit den Georgiern.

Nach einer an die Presse abgegebenen und auch vom „Vorwärts“ übernommenen Meldung soll als Verhandlungsort mit den Vertretern der Georgischen Republik Konstantinopel außer Acht gelassen sein. Das steht aber noch keineswegs fest. Seitens der Zentralmächte ist wohl Konstantinopel als Verhandlungsort vorgeschlagen, die Vertreter der Georgischen Republik legen aber aus naheliegenden Gründen großen Wert darauf, daß die Verhandlungen nicht in Konstantinopel, sondern in Berlin stattfinden.

## Der neue Schlag südlich von Noyon.

Westfront, 10. Juni.  
 Mitten in dem Beschäftigungsbefehl der langsam aufzunehmenden französischen Regierung, mitten in die nervösen Debatten des französischen Volkes über die Ursachen der letzten Niederlage löst die deutsche Vordringung mit einem neuen kraftvollen Angriff hinein. Noch liegt Dunkel über den letzten Absichten und dem Ausmaß der getriggerten Kampfhandlung. Sicherlich aber muß sie als organische Fortsetzung und folgerichtige Auswertung der bisherigen deutschen Angriffskämpfe, insbesondere des ersten und dritten Offensivstoßes, angesehen werden. Der Abschluß der letzten Niverneschlacht hatte zwischen den Armeen Dutier und v. Boehn einen tief in die deutsche Gesamtlinie ragenden französischen Keil hinterlassen, dessen Spitze südlich Noyon, dessen Basisenden etwa in Montdidier und La Ferté-Maclos lagen. Dieser Keil ist durch den getriggerten Stoß, dessen Tiefe heute schon 7 Kilometer übersteigt, in seiner zwischen Montdidier und Noyon stehenden Spitze vollkommen eingeschlagen. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ähnelt die getriggerte Kampfhandlung jenem im Anschluß an die große Schlacht südlich La Ferté unternommenen Vorstoß, durch den die Arme von Rochon den französischen Keil zwischen Chauny und Anizy ausbügelte.

Der deutsche Angriff von gestern brach aus jenem Frontabschnitt hervor, der zwischen dem 23. und 30. März durch die immer erneuten feindlichen Planenansätze gegen die westlich vordringende Armee Dutier entstanden war. In zehnwöchiger Arbeit hatte der Gegner das dortige Höhen Gelände außerordentlich stark in mehreren Stellungslinien befestigt. Auch war gerade dieser Vorstoß gegen Noyon schlagende Frontabschnitt, aus dem das französische Volk die wochenlang versprochene große Gegenoffensive General Fochs erwartete, andauernd stark besetzt. Für die Beurteilung des getriggerten Sieges ist nicht unwichtig die Tatsache, daß das Ueberwachungsmoment diesmal fast vollkommen ausgefallen war, da der Gegner seit Wochen, und besonders seit der neuen Niverneschlacht, mit einem Angriff hier rechnete. Dennoch hat der getriggerte Stoß schon am ersten Tage zu einem vollen Erfolg



geführt. Der letzte deutsche Angriffslügel hat westlich der Malz, deren Lauf das Kampfgebiet in zwei getrennte Abschnitte zerlegt, nach Ueberwindung des teilweise kilometerhohen Vorfeldes die Dürrer und Wälder Mortemer, Devillers, Cuvilly genommen; vor ihm liegen die wichtigsten Höhen, die von Nordwesten nach Südosten streichen, zwischen den Klüften der Malz und Aronde nördlich Compiègne aus dem Osten stoßen. Dieser Hügel hat heute morgen das Dorf Méry gesäubert und damit auf einem Teil jener Höhen schon festen Fuß gefaßt. Wegen größerer natürlicher Schwierigkeiten hatte der linke Angriffslügel zu kämpfen. Er hat den Feind, der ihn erwartete, durch die angebehalten und dicht hinter der Front teilweise verdrahteten Wälder von Fleilly Neuvaucourt und besonders durch den 3 Kilometer tiefen Wald von Thiescourt gewarnt und keine westliche Angriffsfronte näher als dem Anle der Malz bei Resson, seine vordringende alte Stellung bei Thiescourt, von denen aus die alte deutsche Front am nächsten Vorstoß lag.  
 Mit diesem Ziele ist auf einer fast 40 Kilometer breiten Front bis auf keine Reste an den Flügeln wieder das

Der Erfolg südwestlich von Noyon — Bei Albert die vierte feindliche Stellung durchstoßen — Ueber die Malz vorwärts bis Authenil — Durchstoß südlich Thiescourt. — Vordringen bis Ribecourt — Ueber 10 000 Gefangene — Feindlicher Einbruch an der Straße Corbie—Bray gehemmt.  
 Berlin, 11. Juni 1918, abends. Amtlich.  
 Auf dem Kampffeld südwestlich Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten gescheitert.

Berlin, 11. Juni 1918, abends. Amtlich.  
 Auf dem Kampffeld südwestlich Noyon sind erneute Gegenangriffe der Franzosen unter schwersten Verlusten gescheitert.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 11. Juni 1918. (W. Z. B.)  
 Westlicher Kriegsschauplatz.

**Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.**  
 Die tagsüber mächtige Gefechtsintensität lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Dertlicher Einbruch des Feindes an der Straße Corbie—Bray wurde durch Gegenstoß zum Stehen gebracht. Vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

**Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.**  
 In zwei Kampftagen hat der Angriff der Armee des Generals von Dutier zu dem beabsichtigten Erfolge geführt und uns in den Besitz des Höhenlandes südwestlich von Noyon gebracht. Der Stoß traf einen auf unseren Angriff vorbereiteten tief gegliederten Feind in härtester Stellung. Die französischen Divisionen konnten trotzdem der ungehämten Angriffskraft unserer Truppen nicht widerstehen. Auch die zu einheitlichen Gegenangriffen herangeführten Divisionen der französischen Heeresreserve wurden gestern in erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Angriffslügel behaupteten Truppen des Generals von Dettinger die südlich von Assainvillers genommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe.

Die Truppen des Generals von Webers stehen im Kampf bei Courcelles und Méry. Beiderseits der großen Straße Roche—Grezes St. Denis eroberten sie den Höhenrücken östlich von Méry, durchstießen die vierte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Aronde zurück.

Trotz starker feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals von Schoeler den Uebergang über die Malz. Nach Erkämpfung der Höhe von Maroneglise und des Bignemont-Berges drangen sie im unaufhaltenden Angriff bis Authenil vor.

Das Korps des Generals Hofmann hat in stetem Kampf das feindliche Stellungsgewirr auf den Höhen südlich von Thiescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Duse abfallenden Hängen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10 000 erhöht. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz seit 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75 000.

An der Front von der Duse bis Reims ist die Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nordwestlich von Chateau-Thierry brachen verlustreich zusammen.  
 Der Erste Generalquartiermeister.  
 Ludendorff.

## Der österreichische Bericht.

Wien, 11. Juni 1918. Amtlich wird verlautbart:  
 An der unteren Piave scheiterten abermals italienische Vorstöße. Auch in der Frenzela-Schlacht wurden feindliche Erkundungsabteilungen abgewiesen.  
 Nordwestlich von Korca in Albanien haben die Franzosen ihre Angriffe wieder aufgenommen.  
 Der Chef des Generalstabes.

gesamte französische Stellungssystem durchbrochen, sind 8 feindliche Divisionen nicht eingerechnet, starke Reserven gemorrt. Die deutsche Heeresleitung hat schon viermal bewiesen, daß sie die feindliche Front durchbrechen kann, wo und wann sie will. Die Schlacht geht heute weiter, der Gegner schafft neue Reserven heran, die in der Richtung auf Noyon herantansportiert, dann aber an die am meisten bedrängte westliche Schlachtfrent abgedreht wurden. Nach tagelanger Duse hat erfrischender Regen gestern und heute die Stenklage gemildert.  
 Dr. Adolf Häber, Kriegsberichterstatter.

## Eine deutsche Niederlage.

Der Kompromißantrag der Wahlrechtsfeinde angenommen.

Im Westen Sieg auf Sieg, im Innern aber, im preussischen Dreiklassenhaufe, ein Tag, der einer schweren und schmerzlichen Niederlage der deutschen Sache gleichkommt.

Die Wahlrechtsverschwörer rücken mit ihren Anträgen heraus. Ein Lob muß man dem Machwerk spenden: an boshaftem Raffinement leistet es das Neueste. Wäre ein Preisausschreiben veranstaltet des Inhalts „Wie läßt sich ein Wahlrecht unter äußerlicher Verschleierung des plutokratischen Moments möglichst plutokratisch gestalten?“, so hätte der Kompromißantrag Lohmann, v. Seydewitz, Lüdicke, v. d. Hagen und Genossen Anwartschaft auf einen ersten Preis.

Die Hauptmerkmale des Verschwörerantrags haben wir schon gestern skizziert. Durch die Forderung zweijähriger Ortsansässigkeit am Wahlort (gegenüber der schon schlimmen einjährigen der Regierungsvorlage) wird etwa ein Viertel bis ein Drittel der Industriearbeiterschaft um das Wahlrecht betrogen. Genosse Birch hatte völlig recht mit der Bemerkung, daß durch die Annahme dieses Antrages das Wahlrecht nicht nur aufgehört gleich, sondern auch allgemein zu sein.

Die Häufung der Zusatzstimmen ist noch krasser gegen die Arbeitererschaft gerichtet. Hier hat man ungefähr das Rezept befolgt: Jeder Mensch bekommt eine Zusatzstimme, nur der Arbeiter nicht. Die Alterszulagestimme ist auf das 50. Lebensjahr festgelegt, das ganze Arbeiterkategorie in gesundheitsschädlichen Betrieben niemals erreichen. Die andere Zusatzstimme ist aber ganz geslistlich an alle die gegeben worden, die in der kapitalistischen Wirtschaftshierarchie über dem Arbeiter rangieren. Wirtschaftlich Selbständige erhalten sie, Betriebsleiter, Beamte, Angestellte — nur die Arbeiter sind ausgeschlossen. Freilich, Aufseher, Vorarbeiter oder Notenschreiber sollen auch des Zusatzstimmens teilhaftig werden, ein schlaues, aber sicher vergebliches Beginnen, einen Keil in die Arbeitererschaft zu treiben!

Die Krone aufgesetzt wird dem Ganzen aber durch den dritten Antrag, der die gesamte preussische Rückständigkeit für alle Ewigkeit verankern will, indem er die für Verfassungsänderungen notwendige Mehrheit auf Dreiviertelmehrheit heraufsetzt. Die Herren hoffen also nicht einmal mehr, mit der früher von ihnen beschlossenen Zweidrittelmehrheit für Verfassungsänderungen die Entwicklung bremsen zu können. Die Annahme der Dreiviertelmehrheit für Verfassungsänderungen bedeutet die praktische Unmöglichkeit, auf friedlichem Wege die Verfassung jemals ändern zu können, und läßt nur zwei Zukunftsmöglichkeiten offen: Entweder geht Preußen an dieser Bestimmung zugrunde wie weiland der polnische Staat an seinem berüchtigten „liberum veto“ (im polnischen Staat konnte jedes einzelne Landtagsmitglied durch seinen Einspruch die Annahme eines Gesetzes verhindern, so daß niemals ein Gesetz zustande kam). Oder aber, was wahrscheinlicher ist, das preussische Volk zeigt keine Neigung, die ihm von einem hirnverrannt-parteilichigen Parlament angelegte Fessel in alle Ewigkeit zu schleppen, und dann bleibt ihm nur die gewaltsame Befreiung!

Der Kompromißantrag war also nichts als eine ungeheuerliche Provokation des Volkes und aller ehrlichen Wahlrechtsfreunde, er hätte eine entrüstete und energische Ablehnung verdient. Aber es zeigte sich, daß unter den vom Dreiklassenwahlrecht Erkorenen die ehrlichen Wahlrechtsfreunde sehr dünn gesät sind, es zeigte sich namentlich wieder mit aller Deutlichkeit, daß ein großer Teil des Zentrums nur aus taktischen Gründen, aus Rücksicht auf die Arbeiterwähler, für das gleiche Wahlrecht eingetreten ist. Gegen die Forderung der Wahlrechtsverschwörer, auch noch die Sicherungsanträge des Zentrums (Bestlegung der konfessionellen Volksschule usw.) anzunehmen, ging ein weiterer Teil der Zentrumsfraktion zu den Volksfeinden über. Während am 14. Mai noch 185 gegen 236 Stimmen für das gleiche Wahlrecht abgegeben wurden, wurde am 11. Juni der Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit 235 gegen 164 Stimmen abgelehnt. Die Zusatzstimmen der Wahlrechtsverschwörer wurden mit 256 gegen 154 Stimmen angenommen, die Forderung zweijähriger Ortsansässigkeit mit 223 gegen 188 Stimmen.

Das Dreiklassenparlament hat mit dieser Abstimmung bewiesen, daß es nur noch zu einem gut ist, nämlich mit Schimpf und Schande davongezogen zu werden. Aber es mußte sich noch deutlicher das Brandmal der Undankbarkeit und Volksfeindschaft anhaften lassen: Um den Schlag, den die Kompromißparteien

durch die Schaffung einer Alterszustimmung den Arbeitern verlesen wollten, zu parieren, hatten Anhänger des gleichen Wahlsrechts beantragt, wenn es schon Zustimmungen geben sollte, auch den Kriegsteilnehmern eine Zustimmungen zu geben. Dieser Antrag wurde mit 251 gegen 147 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt. So zeigte die Wahlrechtsverächter ihre Achtung vor den Feldern der Sonne und Marne, so stattete das Reichsparlament seinen Dank für drei siegreiche Offensiven im Westen ab.

Wenn die Wahlrechtsfreunde, nachdem das gleiche Wahlrecht abgelehnt war und die Annahme von arbeitserfindlichen Zustimmungen sicher war, für eine Zustimmungen zugunsten der Kriegsteilnehmer eintraten, so ist klar, daß es sich für sie nicht um ein Abweichen vom Prinzip des gleichen Wahlrechts, sondern um eine Demonstration gegen die Entscheidung der Kriegsteilnehmer handelte. Die arbeitserfindliche Altersstimmungen wäre überdies durch die Gewährung einer Zustimmungen an die vielen Millionen in jüngeren Jahren stehenden Kriegsteilnehmer praktisch vollkommen ausgeglichen worden. Um so auffälliger ist es, daß die „Unabhängigen“ den Sinn dieses Vorgehens nicht verstanden und gemeinsam mit den Wahlrechtsfeinden den Antrag niederstimmten. Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Aber freilich fand ja auch der Sprecher der Unabhängigen, der Abg. Ströbel, kaum ein Wort gegen die Wahlrechtsverächter, während er in den schärfsten Tonarten die Anhänger des gleichen Wahlrechts, Sozialdemokraten und Fortschrittler, beschimpfte. Für die Tonart seiner Rede ist es charakteristisch, daß Zuhörer auf der Tribüne, die während Ströbels Rede eintraten und ihn persönlich nicht kannten, den Glauben äußerten, daß der Redner ein Vertreter der äußersten Rechten sei!

Die Regierung erklärte kurz und bestimmt den Kompromißantrag der Mehrheit für unannehmbar. Damit besteht wenigstens die tröstliche Gewißheit, daß er nicht Gesetz werden wird. Aber die Konsequenz der Parlamentsauflösung zog die Regierung auch diesmal nicht. Und doch beweist gerade die gestrige Verhandlung, auf wie schwachen Füßen er trotz ihrer gestiegenen Stimmenzahl die Wahlrechtsfeindliche Mehrheit steht. Herr Lohmann hat den Vorsitz der national-liberalen Fraktion niedergelegt. Die Fraktion selber ist am Zerbrechen. Schon bei der Erziehung für Lohmann kann der völlige Bruch eintreten. Die Stimmen aus der national-liberalen Wählerchaft lassen gar keinen Zweifel darüber, daß der Wahlrechtsfeindliche schwerindustrielle Flügel bei einer Neuwahl einfach hinweggefegt wird. Herr Lohmann, weiland Fraktionsvorsitzender, würde nicht einmal als „Mottenführer“ im Sinne seines kamofen Pluralwahlrechts wiederkehren, weil er keine fünf Mann mehr (sowie werden für die Zustimmungen verlangt!) unter sich hat.

Im Zentrum sieht es kaum anders aus. Schon häuft sich Mißtrauensvotum auf Mißtrauensvotum gegen den Kasino-Grafen Spee und die übrige feudale Clique. Zum erstenmal haben am Dienstag die Arbeiter in der Zentrumskolonie auf eigene Faust ihre Gegenaktion gegen die Wahlrechtsfeinde unternommen. Sie wissen, daß ihre Anhänger in hellen Scharen zur Sozialdemokratie überlaufen werden, wenn die Wahlrechtsvorlage durch die Mitschuld des Zentrums scheitert.

Die Verückelung der Kriegsteilnehmer durch die Wahlrechtsverächter, wegen der nachträglich selbst Herr Lohmann Gewissensbisse bekam, schlägt dem Fuß den Boden aus. Helle Empörung würde im ganzen Lande erbrauen, wenn die Regierung Wahlparole ausgabe gegen die Wahlrechtsfeinde, denen das Wohl der Kriegsgewinnler und Kriegswucherer, der Besitzenden und wirtschaftlich Selbständigen mehr am Herzen liegt als der Dank gegen die schlichten Männer im feldgrauen Rock. Trotz des unmoralischen Dreiklassenwahlrechts, trotz öffentlicher und indirekter Wahl würde eine Welle der Empörung diese Gesellschaft hinwegfegen!

Statt diesen kurzen und sicheren Sturz der Mehrheit herbeizuführen, läßt die Regierung den Karren immer weiter trotten. Am 3. Juni soll die fünfte Lesung sein, die fünfte Provokation des Volkes, und wenn dann selbst keine sechste Lesung mit sechster Provokation stattfindet (ausgeschlossen ist das nicht), so sollen weitere Lesungen und Provokationen durch das Herrenhaus folgen. Glaubt die Regierung wirklich, daß ein kurzer, wenn auch heftiger Wahlrechtskampf von sechs Wochen ungünstiger auf die Volksstimmung einwirken könnte, als eine über Jahresfrist sich hinziehende Kette von Provokationen und Enttäuschungen des nach seinem Recht verlangenden Volkes?

### Die Mindestforderungen der polnischen Regierung.

Warschau, 10. Juni. Die Blätter des österreichischen Ostgaliziens bringen aus galizischen Quellen folgende Mindestforderungen, welche Ministerpräsident Steczkowski namens der polnischen Regierung in Wien und Berlin vorgelegt habe: Bündnis mit den Zentralmächten, Militärkonvention, staatliche Unabhängigkeit, Integrität des bisherigen Gebietes von Kongreßpolen, territorialer Ausgleich in ethnographisch-polnischen Gebieten östlich der Linie Rarow—Dobro—Njemen für den Verlust der litauischen Kreise Mladylawow, Kallwarja, Wylkowysz, Mariampol im Gouvernement Suwalki, ferner Grenzregulierung gegen die Ukraine, welche strategischen Notwendigkeiten entspricht, und schließlich Möglichkeit wirtschaftlicher Entwicklung durch Abschluß eines Handelsvertrages, welcher im Wege der freien Weichsel-Schiffahrt den Zutritt zum Meere sichert.

### Das Geschehen der tschecho-slowakischen Ueberläufer.

Die tschecho-slowakischen Truppen, die auf russischer Seite kochten, haben den letzten Monaten russischer Geschichte eine besondere Episode eingeliefert. Der Disfriede hat sie in eine schlimme Lage gebracht. Sie haben kein Interesse daran, nach Oesterreich zurückzuzugelen und setzen sich also gegen die Gefahr, die ihnen drohte, zur Wehr. Schließlich kam es zu Kämpfen und die Sowjetregierung mußte eine ganze Reihe Städte in Kriegszustand versetzen.

Die Entente hatte bei diesen Vorgängen die Hände im Spiel: Sie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt, haben kürzlich die Ententevertreter in Moskau an die Regierung der Vorkräfte das Ansuchen gestellt, es solle den tschecho-slowakischen Truppen in Rußland gestattet sein, mit Waffen und Gerät aus Rußland abzugehen, um zu den Heeren der Entente übergeführt zu werden. Diese Forderung legte die

Sowjetregierung ab. Sie ist durch den Frieden mit Deutschland zur Neutralität verpflichtet. Die Friedensbedingungen, sagt die „Nordd. Allg. Ztg.“, sehen den Austausch der Gefangenen vor. Zu diesen gehören auch die tschecho-slowakischen Abteilungen, von denen hier die Rede ist. Wenn diese auch unabweislich ihre guten Gründe haben, nicht mehr nach Oesterreich-Ungarn zurückzuziehen zu wollen, so wäre doch die Mißbilligung der russischen Regierung zu ihrer Ueberführung nach dem feindlichen Ausland ein Bruch der Neutralität.“ Die Sowjetregierung hat also den gefährlichsten Weg, den die Entente ihr zeigte, verweigert.

Die tschecho-slowakischen Truppen, von der hier die Rede ist, stellen eine ansehnliche Heeresmacht dar. Aus der „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt man, daß es sich um eine auf

etwa 150 000 Mann

geschätzte Anzahl ehemaliger österreichisch-ungarischer Soldaten handelt, die wohl zum größten Teil freiwillig zum Feinde übergegangen waren, und die sich dort als eigene Verbände dem russischen Heere angeschlossen hatten. Sie stehen im Norden und Osten Rußlands zerstreut; auch in der Ukraine waren unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen auf solche Verräterhaufen gestoßen.

Ueber die Bewegungen dieser Truppen liegen folgende Meldungen vor:

Kiew, 9. Juni. Nach einer Meldung der Moskauer Presse stehen die Hauptkräfte der tschecho-slowakischen Truppen (etwa 15 000 Mann) im Gebiete von Tscheljabinsk, wo sie einen Teil der sibirischen Bahn besetzt und Waffen und Artillerie erbeutet haben. Die Truppen der Staatsregierung haben Tscheljabinsk geräumt und sich bei Slatoust konzentriert. In der bei dieser Stadt ausgefochtenen Kämpfe sind die tschecho-slowakischen Truppen geschlagen worden. Eine andere Gruppe der tschecho-slowakischen Aufständischen steht bei Samara, dessen Lage gefährdet sein soll. Ein dritte Gruppe tschecho-slowakischer Truppen hat sich der sibirischen Magistrale von Kowo-Nisafajewsk bis zur Tschjona bemächtigt. Der direkte Drahtverkehr mit Ostsibirien soll unterbrochen sein.

Wien, 10. Juni. Die Blätter berichten aus Kiew: Zu der bereits gemeldeten Entlassung der tschecho-slowakischen Aufständischen in Rußland werden noch folgende Einzelheiten bekannt, die die ganze Vorgeschichte und den Verlauf des tschecho-slowakischen Abenteuers beleuchten: Die Ursache des über Moskau verhängten Kriegszustandes bildet das Auftreten der tschecho-slowakischen. Diese erhielten im März d. J. von den Volkskommissaren die Erlaubnis, bewaffnet über Bladiwoostok an die französische Front abzugehen. Längs der sibirischen Hauptbahnlinie legten sie sich nacheinander an vielen Punkten fest und brachten zahlreiche Orte in ihre Gewalt. Sie versuchten ferner, sich auch der Städte Tscheljabinsk, Penza und Kusajewsk nördlich von Penza sowie Samara und Scharall zu bemächtigen, und agitierten gegen die Sowjetregierung. Diese befehlt hierauf die Entlassung der tschecho-slowakischen und sammelte stärkere Streitkräfte im Raume von Penza und Kusajewsk. Ueber dreitausend bewaffnete tschecho-slowakische hatten Penza besetzt. Sie wurden von den Sowjettruppen in zweitägigem Kampf hinausgeworfen.

Die tschecho-slowakischen beabsichtigten angeblich, längs der Bahn gegen Samara vorzugehen. Ueber diese Stadt wurde ebenfalls der Kriegszustand verhängt. Im ganzen scheinen dort gegen 12 000 tschecho-slowakische gestanden zu haben, die den letzten Meldungen zufolge sich nun unterwerfen.

### Der Uebergang der Sowjetregierung zur allgemeinen Wehrpflicht.

Eine Rede Trozki.

Moskau, 9. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am 7. Juni fand die Eröffnungssitzung des ersten russischen Kongresses der Kriegskommissare statt. Nach Wahl des Bureaus unter Vorsitz von Jurenoff wurde der Kongress durch eine Rede des Volkskommissars für den Krieg, Trozki, eröffnet. Er fährt aus: „Sie nehmen an einem Kongress von ungewöhnlicher Bedeutung teil. Wir müssen eine revolutionäre Armee bilden, deren besonderes Merkmal in dem

Gegensatz zu dem System der Zwangsdienstpflicht

besteht, welche die Armee des alten Regimes kennzeichnet. Wir müssen uns an den Grundsatz gegenseitigen Vertrauens und an die Parole einer Revolution halten, die aufbauend wirken soll. Unsere erste Aufgabe ist die Aufhebung der Klassenunterschiede innerhalb der Armee. Wir wissen aus Erfahrung, daß die übrig gebliebenen Einheiten der alten Armee nicht die Kraft hatten, sich der Gegenrevolution zu widersetzen; das nödigte zur Improvisation von Truppenkörpern aus Arbeiter- und Bauernelementen, die dann die von den Reaktionsären ins Werk gesetzte Bewegung zerstückelten. Als aber der Augenblick kam, da es den Kampf nicht nur gegen die innere, sondern auch gegen die äußere Gegenrevolution galt, verlangten unsere Truppen infolge ihres Mangels an technischer Durchbildung. Da auf diese Weise die Revolution von neuem bedroht ist, müssen wir auf ein Mittel zu ihrer Rettung sinnen. Wir haben den alten Verwaltungsapparat der Armeeleitung zerstört; es muß ein neuer geschaffen werden. Das europäische Rußland ist vom militärischen Gesichtspunkte aus in 7 Bezirke geteilt worden und Sibirien in drei.

Das System der lokalen Kriegskommissare

ist eng verknüpft mit der Einrichtung der Sowjets. Auf dieser Grundlage müssen wir die rote Armee schaffen. Es werden zahlreiche Kommissariate geschaffen werden, die sich aus je zwei lokalen Sowjetvertretern und je einem militärischen Sachverständigen zusammensetzen. Die so gebildeten Räte haben die normale Aufstellung der Armee. In der Tat haben die Sowjets unsere auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit beruhende Armee nie für etwas anderes gehalten als für eine vorübergehende Maßnahme. Unser Programm umfaßt immer den Grundsatz „Verteidigung unserer Arbeiterrevolution und unseres Landes, des Herdes des Sozialismus“. Um die Wehrpflicht ins Werk zu legen, müssen nicht nur die Waffen, sondern auch die Männer unseres Landes registriert werden.“

### Der schlechte Tag der französischen Kammer.

Vorgänge während Clemenceaus Erklärung.

Bern, 10. Juni. Nach heute eingetroffenen Yvoner Zeitungen vom 5. Juni zu urteilen, war die Kammer Sitzung am Dienstag außerordentlich erregt. Die von Havas bereits übermittelten Ausführungen Clemenceaus wurden von der Linken wiederholt sehr heftig unterbrochen, so daß Clemenceau den ersten Teil seiner Erklärungen erregt plötzlich ab-

brach und erst nach dem vermittelnden Eingreifen Cochins die Rednertribüne wieder bestieg. Unter anderem betonte Clemenceau, man habe an den Unterhändlerationen über die deutsche Offensive gegen die englische Front erkennen können, daß solche Erweiterungen unangenehme Rückwirkungen haben können, es sei deshalb nicht aus, dem Beispiele des Unterhändlers zu folgen. In erregterem Ton geriet Clemenceau wieder bei den Ausführungen über die russische Revolution und die Wirkungen des russischen Abfalls. Ein heftiger Zwischenfall fand statt, als Clemenceau das Heidentum der Armee rüßte, worauf Requiris dazwischenkam, die Kammer sollte einstimmig gegen den Generalfeldmarschall Stellung nehmen. Renaudel erklärte, die Soldaten hätten ein um so größeres Verdienst, als sie unter Munitionsmangel gelitten hätten. Clemenceaus wiederholte Versicherungen, daß die Führer der Soldaten würdig seien, wurden durch Barthe unterbrochen, welcher rief: Nicht alle Führer sind unserer Soldaten würdig! In dem bekannten Satze, daß die Deutschen unterliegen würden weil sie nicht so intelligent seien wie behauptet, gebrauchte Clemenceau den Ausdruck „Boches“. Unerses Besens wurde damit die Bezeichnung aus dem ersten Male im Parlament von offizieller Stelle angewandt. Die „Nouvelles de Lyon“ mitteilt, erklärte die Mehrzahl der Deputierten nach der Sitzung, daß der Tag für die Kammer recht schlecht gewesen sei. Es habe eine politische Intrige gegen Clemenceau vorgefallen.

Genf, 11. Juni. Die Kammer sozialisten beschloß, gemeinsam mit dem Gewerkschaftsverband ein Manifest zur politischen und wirtschaftlichen Lage zu veröffentlichen. In Pariser politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieser Schritt mit der von Renaudel in der „Humanité“ angekündigten Absicht Clemenceaus im Zusammenhang stehe, den Verteidigungsansatz der Festung Paris zu einem rein militärischen Wohlfahrtsausatz auszugestalten. Aus den nachträglich eingegangenen Meldungen geht hervor, daß laut Neußerungen Renaudels in der „Humanité“ die Regierungsmehrheit in der Sitzung vom 4. Juni aus zahlreichen Gegnern Clemenceaus bestand. Allgemein herrscht die Befürchtung, Clemenceau werde tatsächlich eine diktatorische Gewalt ausüben. Im „Le Courrier“ deutet Genosch den Beginn einer Verschwörung unter Führung eines äußerlich schlaun Volklers an. Gemeint ist Briand, der tatsächlich die Opposition führt, aber davor noch im Hintergrund bleibt.

### Der lange Weg des Frauenwahlrechts in England.

Amsterdam, 11. Juni. Einem heftigen Blatte wird aus London gemeldet: Bonar Law teilte gestern im Unterhause mit, daß die Regierung damit beschäftigt sei, die Rechtsfrage, ob Frauen ins Parlament gewählt werden können, zu untersuchen.

### Die österreichischen Industriellen und das Wirtschaftsbündnis mit Deutschland.

Wien, 11. Juni. Die Blätter melden: Der große Ausbruch des Reichsverbandes der österreichischen Industrie nahm in der Frage des Wirtschaftsbündnisses zu Deutschland mit überwiegender Mehrheit Rücksicht an, nach dem ein Wirtschaftsbündnis auf Grund wechselseitiger Vorzugshandlung zu erstreben sei. Zur Erreichung dieses Zweckes sei vor allem die möglichste Vereinfachung aller Einrichtungen und Verfügungen des Verkehrs, des Handels, der Finanz- und sozialpolitischer Natur anzubahnen. In volkspolitischer Beziehung sei bei voller Wahrung des notwendigen Schutzes der heimischen Produktion ausnahmsweise auch durch Erhöhung einzelner Zölle neben den gegenwärtig zu gewährenden Zollbegünstigungen die Freiliste der Zolltarife zunächst zu erweitern. Ferner wird die periodische Revision der Zölle sowie eine tunlichst gleichmäßige Zollgesetzgebung empfohlen. Schließlich wird bezüglich der Beschaffung der Rohstoffe aus dem Ausland während der Uebergangszeit ein einvernehmliches Vorgehen verlangt. Die Anträge auf Erreichung oder mindestens die Vorbereitung einer Zollunion erhielten nur wenige Stimmen. Ferner sprach sich der Ausbruch einstimmig zugunsten einer Lösung der polnischen Frage in österreichischem Sinne aus, wobei angefochten des großen Produktions- und Konsumgebietes Galiziens eine Zollunion zwischen der Monarchie und dem neu zu schaffenden polnischen Staat verlangt wird.

### Die Beute seit 21. März.

205 000 Gefangene — 2250 Geschütze.

Die Zahl der Gefangenen, die seit dem 21. März die Entente im Westen an Deutschland verlor, hat sich auf über 205 000 erhöht. Desgleichen ist die Geschützbeute, die bisher 2250 betrug, infolge des neuen deutschen Sieges zwischen Montebidier und Ronon gewachsen. Die Entente hat nunmehr auf den verschiedenen Angriffsfronten das gesamte, auf über 270 Kilometer eingebaute Stellungsmaterial in der Tiefe der hintereinander liegenden Verteidigungsbezügen mit ungezählten Munitionslagern, Depots und Bahnen verloren. Die blutigen Verluste haben sich zu ungeheuren Zahlen gesteigert.

Französischer Oberberichts vom 10. Juni abends. Während des zweiten Tages der Offensive vermachte der Feind durch mächtige und von neuen Streitkräften unauflöslich verstärkte Angriffe in der Richtung auf Ecrées, St. Denis und Ribécourt vorzudringen. Unsere Truppen leisteten dem Feinde hartnäckigen und zähen Widerstand. Der Feind konnte durch wiederholte Sturmangriffe und um den Preis schwerer Opfer die Döcker Rerx, Welloh und St. Maur nehmen. Die Hochebene von Welloh war der Schauplatz heldenmütiger Kämpfe. Südlich von Welloh und St. Maur haben die Deutschen in Marquastille Fuß gefaßt, und weiter östlich sich die Schlacht auf die südlichen Hänge von Eincourt fort. Auf unserem rechten Flügel zwischen Courcelles und Ribécourt haben wir die feindlichen Angriffe gebrochen und unsere Stellungen behauptet. Im Osten der Döcke ist ein Versuch der Deutschen, Fort wiederzugewinnen, gescheitert.

Beckendank. Anlässlich der Wahl des Genossen Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstages des Reichstages war zusammen mit anderen Reichstagsmitgliedern ein wütendes Geschimpfe des „Unabhängigen Zeitungsdienst“. Weil wir die darin enthaltenen persönlichen Angriffe gegen Genossen Scheidemann nicht im einzelnen beantworteten, glaubt das unabhängige Organ, sich zu der „Reinigung“ berechtigt, wir hätten damit die Berechtigung dieser Angriffe zugebilligt. Bekannte Leute haben eben kein Gefühl dafür, daß es eine gewisse Art von Unhöflichkeit gibt, auf die man nicht antwortet, sondern die man nur niedriger hängt.

# Das Kompromiß der Wahlrechtsfeinde angenommen.

## Abgeordnetenhaus.

156. Sitzung, Dienstag, den 11. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Dr. Drews.  
Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung.

### Vierte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Nach einer Vereinbarung findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt, danach die Einzelberatungen und zum Schluß die Gesamtabstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung.

Es sind bereits eine Reihe von Änderungsanträgen eingegangen, zunächst handelt es sich um die Ausfüllung der 2. L. c., die durch die Abänderung des § 8 (gleiches Wahlrecht) entstanden ist. Ein fortgeschrittlicher Antrag will den § 8 in der Regierungsvorlage wiederherstellen, ein Antrag Lucas (natl.) will dem § 8 die Fassung geben: „Jeder Wähler hat eine Stimme“. Ferner liegt der

Kompromißantrag v. Heydebrand (L.), Pöhlke (ZL), Dr. Lohmann (natl.), v. d. Hagen (Z.)

vor, nachdem im § 8 festgelegt werden soll, daß jeder Wähler eine Grundstamme hat. Eine Zusatzstamme soll erhalten, wer mindestens 50 Jahre alt ist, mehr als 10 Jahre im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst tätig war. In Land- und Forstwirtschaft, Industrie und Gewerbe selbständig tätig ist oder in gehobener Stellung dort beschäftigt ist. Außerdem soll nur wahlberechtigt sein, wer seit mindestens drei Jahren Staatsangehörig ist und seit zwei Jahren in einer Gemeinde seinen Wohnsitz hat. Der Kompromißantrag will eine Verfassungsänderung nur bei Dreiviertelmehrheit zulassen. Das Zentrum hat wieder keine Sicherungsanträge eingebracht (Veränderung der konfessionellen Volksschule in der Verfassung, Aufrechterhaltung der Befugnisse und Einkünfte der Kirche). Die Arbeitervertreter des Zentrums Bruhns u. Gen. fordern in erster Linie das gleiche Wahlrecht und beantragen weiter eine Vildergerung der Kompromißanträge (Wohnsitzdauer ein halbes Jahr usw.).

Die Beratung beginnt mit der allgemeinen Aussprache.  
Abg. Dr. v. Heydebrand (L.): Meine politischen Freunde werden für die Kompromißanträge stimmen, obwohl sie nicht ganz unseren Ansichten entsprechen. Wir sind aber der Meinung, daß diese Anträge im Interesse des Landes liegen. (Beifall rechts, Lachen links.)

Abg. Dr. Porich (Z.):

Der gestrige Tag hat eine ganz unerwartete Wendung gebracht. Die Parteien, die den Mehrstimmenantrag eingebracht haben, sind bereit, für unsere Sicherungsanträge zu stimmen. Das hat meine Freunde in eine außerordentlich schwierige Situation gebracht. (Hört! hört! links.) Wir möchten auf diese Vereinstwilligkeitserklärung und mit Rücksicht darauf, daß die Volkspartei und die Sozialdemokraten diese Sicherungsanträge abgelehnt haben, wird

ein Teil meiner Freunde für die Kompromißanträge stimmen. (Stürmisches Hört! hört! links. — Ruf des Abg. Porich [Soz.]: Freunde des gleichen Wahlrechts!) Die Sicherungen werden aber erst wirklichen Wert erhalten, wenn es gelingt, mit der Staatsregierung zu einem Einverständnis zu gelangen. In dieser Hoffnung werde ich und die Mehrzahl meiner Freunde für die Wiederherstellung des § 8 der Regierungsvorlage stimmen. (Bravo! links.) Die übrigen Anträge werden wir wohl einstimmig ablehnen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Pöhlke (ZL): Wir stimmen den Kompromißanträgen durchweg zu. (Beifall.)

Abg. Dr. Pöhlke (ZL):

Die Arbeit der Mehrheit fordert die lauteste und härteste Kritik heraus. (Sehr richtig! links.) Alle Verhandlungen, die wir monatelang geführt haben, werden plötzlich umgestoßen. Wir erleben eine dritte und vierte Auflage, aber keine verbesserte. (Sehr richtig! links.) Wer sagt es, daß nicht noch eine fünfte und sechste Lesung herbeigeführt werden soll? (Ruf des Abg. Porich [Soz.]: Das ist ja die Absicht!) Das Kompromiß ist öffentlich geheimgehalten worden, und welche Falschung auch gegenüber der Regierung! Ich bewundere die Geduld der Regierung, die doch immer zögert, das letzte, entscheidende Wort „Auflösung“ auszusprechen. Ungeheuerlich ist die Dreiviertelmehrheit, die uns angeflissen wird. Die Erste Kammer soll uns aufzufälliger sein. Die Konservativen zeigen sich wieder in ihrer ganzen Höhe, aber das ist ein Teil der Nationalliberalen diese Gefährdung münchelt, ist mir unbegreiflich. Das ist nicht mehr liberal, sondern reaktionär. (Zustimmung links.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Der Kern des Gesetzes und der heutigen Anträge ist der § 8. Der frühere Antrag Lohmann widerspricht dem Grundgedanken des gleichen Wahlrechts, an dem die Regierung festhalten muß. Die vorliegenden Anträge machen Untersuchungen zwischen gehobenen und gehobener Arbeit, und das Wahlrecht außerdem von einem längeren Wohnsitz abhängig. Auf der Boden dieses Antrages kann die Regierung nicht treten. Er würde ein Zustandekommen der Vorlage ausschließen.

Abg. Lucas (natl.):

Man braucht kein großer Prophet zu sein, um sich zu sagen, daß die Regierung den Kompromißantrag nicht zu stimmen kann. Ich erkläre für meine Freunde, daß wir den Antrag rundweg ablehnen. (Beifall links.) Diese Anträge sind schon jeder für sich sehr bedenklich, in ihrer Gesamtheit müssen sie aber drücken im Lande Enttäuschung hervorrufen. (Beifall links.) Sie sind eine erhebliche Verschlechterung des Antrags Lohmann. Wir verurteilen besonders das Verlangen nach einer Dreiviertelmehrheit, das in Zukunft jede Verfassungsänderung abschließt. Wir halten an dem gleichen Wahlrecht fest. (Beifall links.)

Abg. Dr. Lohmann (natl.):

Der Vorwurf der Deimlichkeit nimmt mich wunder. Sollten wir hier, wo die Regierung und andere Parteien ein Interesse daran hatten, das Kompromiß zu vereiteln, die Regierung und die Fraktionen ins Vertrauen ziehen? (Ruf des Abg. Duc [Soz.]: Herr Duc, Sie sind ja ein so kluger Politiker, daß Sie in einem solchen Falle zu Ihrem Freunde Adolf Hoffmann gehen würden. (Beifall rechts.)) Es ist nicht böser Wille, wenn die Regierung so spät berücksichtigt worden ist. Unser Ziel war einen Teil des Zentrums für unsere Anträge zu gewinnen. Der Eindruck war nur gering. Das Thema ist völlig erschöpft. Die Zustimmung der Sozialdemokratie zu dem § 8 der Regierungsvorlage sollte doch nutzlos machen. Man denke auch nicht, daß sie für ein so radikales Wahlrecht eine besondere Dankbarkeit besorgen würde. Selbst Weibel hat 1891 im Reichstag den Fortschrittler zugerufen: „Wir dem allgemeinen gleichen Wahlrecht arbeiten. Sie auf Ihren eigenen Untergang hin! Geradest denkende Arbeiter werden durch die Verweigerung des allgemeinen Wahlrechts nicht zu einer starken Verleinerung gebracht werden.“ (Lachen links, Beifall rechts.)

Abg. Korstantin (Polen): Wir lehnen dieses geheim vorbereitete Kompromiß ab. Der Proporz für die Ostmarken ist ein Rechtsraub im polnischen Volke.

Abg. Reinert (Soz.):

Die Offensive der Wahlrechtsfeinde wird mit der gleichen Entschlossenheit gestiftet, als die Offensive unserer Sol-

daten draußen im Felde, nur mit dem Unterschied, daß die Verschwörer der reaktionären Mehrheit dieses Hauses, die uns heute unerwartet mit ihrem Verhandlungsantrag überrumpelten, für ihre Sonderrechte eintreten, während unsere Partei für die Freiheit des deutschen Volkes kämpft. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen. Während die Regierung die jetzige Dauer des Wohnsitzes als Bedingung des Wahlrechts von einem halben auf ein Jahr erhöht hat, ist die Rechte damit noch nicht zufrieden, sondern versucht

mit einem Stimmeneinstimmungsbescheid

die Vorlage zu verhandeln. Es gehört eine eiserne Stirn dazu, eine derartige Attitüde gegen die Rechte des Volkes in dieser Zeit zu betreiben. (Sehr richtig! links.) Das Volk wird sich die Namen der heutigen Antragsteller tief einprägen. Traurig ist es, daß ein Zentrumsabgeordneter, der in dem Wahlkreise Wandhorst gewählt worden ist, seinen Namen unter das Schriftbild gesetzt hat, dessen Zweck nur ist, die Kultur der osteilbischen Gutsbezirke dem deutschen Volke bis in alle Ewigkeit zu erhalten. Eine Vildergerung von Sonderrechten an Vorarbeiter und Angestellte ist nur raffinierte Wahlpolitik, womit man bei einer eventuellen Neuwahl die gehobenen Arbeiter und Angestellten einfangen will. Der Antrag ist

ein Dokument des härtesten Mißtrauens gegen ein kummervolles Volk,

das man behandeln will wie eingekerkertes Vieh. Alle Kreise des Volkes, abgesehen von der kleinen Minderheit, die sie vertreten, wünschen das gleiche Wahlrecht und kein anderes. Die Nationalliberalen tun sich besonders viel auf ihre Königs-treue zu. An der Tatsache aber, daß der König feierlich das gleiche Wahlrecht versprochen hat, gehen sie vorüber. Für uns freilich bedarf es keines Königswortes, um unentwegt für die Rechte des Volkes zu kämpfen. Die Herren von der Rechten sind es, die das Minimum entwurzeln, indem sie seinen Vertreter zum Wortbruch bewegen wollen. Die Früchte ihrer Handlungsweise werden sich schon zeigen; wir sind es, die sie erkennen. Weislich versuchen wir, solange es geht, den Zustand zu lindern. Denn das Volk ist es, das an den Folgen der Beratung, die es von Seiten der konservativen Minderheit erfährt am schwersten zu tragen hat. Die Angst vor dem Paris muß war es, die in den ersten Monaten des Krieges das Volk bewegte, alles zu tun, um den Sieg des asiatischen Despoten zu verhindern. Diese Gefahr der politischen Reaktion ist nun beseitigt. Aber für die anderen Völker besteht nun die Gefahr der östlichen Reaktion nicht minder, als sie für uns vorhanden hat. Sie betrachten

Das Dreiklassenwahlrecht als das Zeichen der Unfreiheit,

die auch sie bedrückt. Ueber unseren Schützengräben wurden zu Tausenden Flugblätter abgeworfen, in denen gesagt wurde, daß eine Regierung, die das eigene Volk entrechtet, auch anderen Völkern nur Sklaverei bringen könne; der Sieg der Entente sei das einzige Mittel, die Welt und das deutsche Volk von der schwersten Gefahr und der größten Unterdrückung zu befreien. Gerade zur Verhinderung der Entente-Mission können wir nicht anders tun, als das Regiment der Junker zu kürzen. Es ist kein Zufall, daß die Wahlrechtsfeinde zugleich auch die Führer der Vaterlandspartei sind, die darauf ausgehen, andere Völker unter dieselbe Vormachtigkeit zu bringen, wie uns. Unsere Soldaten kämpfen nicht für die Erhaltung ihrer Macht (nach rechts), sondern um ihren Bestand als freies Volk! An allen Verhandlungsanträgen trägt die Staatsregierung ein gekünsteltes Maß von Schutz, durch ihre Vereinstwilligkeit, auf bestimmte Sicherungen einzugehen. Es ist bedauerlich, daß sie an ihrer Forderung nicht konsequent festgehalten hat. Wir verlangen, daß dem unerschämten Treiben bald ein Ende gemacht wird. Wir verlangen

die Auflösung des Dreiklassenparlamentes.

Für das Volk wird es eine Erlösung bedeuten. Es ist wirklich nicht zu umgehen, daß die Nationalliberalen endlich das Wort „liberal“ aus ihrem Vornamen ausmerzen. Die Schwerindustrie ist von liberalen Umwandlungen immer frei geblieben. Mehrere an die Zentrumsfraktion gestellte Anträge von Seiten dem Zentrum angehörenden Arbeiterorganisationen weisen, wie das Empfinden der Arbeiter natürlicherweise weit über das hinausgeht, was die Partei offiziell vertritt. Was Sie heute hier getan haben (nach rechts), das wird seine Wirkung im Volke nicht verfehlen! Wir aber werden das Äußerste tun, um das Volk bis in die kleinste Stille über die Volkswindlichkeit der Mehrheit dieses Hauses aufzuklären und wenn die Lage nicht bitter ernst wäre, so könnten wir uns darüber freuen, wie Sie (nach rechts) sich das ganze Volk zu Feinden machen. Das Verhalten der Reaktion ist

eine dreifache, sechs Verleumdung eines hochentworfeltesten Volkes

und bedeutet eine Aufforderung zur Revolution. Denn das, was Sie sich hier herausgenommen haben, ist für kein Volk gefallen, das noch einen Funken Ehre im Kehrlücht. Wir wollen — um ein Wort Rothmann Hollwegs zu zitieren — ein freies Volk sein, das versteht, sich Achtung in der Welt zu verschaffen. Wenn wir ohne das freie Wahlrecht aus dem Kriege herauskommen, so haben wir den Krieg verloren. (Sehr richtig! links.) Auf die Herren der Reaktion aber trifft ein Wort aus dem Barbier von Sevilla zu: Wenn es gilt, das Volk um Ehre und Namen zu bringen, so sind Sie in Ihrem Element! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Ströbel (L. Soz.):

Die Reden der Abg. Pöhlke und Reinert bedeuten nur einen Versuch, das Volk zu täuschen. (Ruf des Abg. Porich: Dröhnen sich der Feinde! — Abg. Pöhlke: Das soll ein Mensch verstehen.) Es ist mir ganz gleichgültig, ob mich der Abg. Pöhlke verfehlt. Auf der linken Seite die Herren, die dadurch, daß sie das Volk zu täuschen versuchen, zu Helfershelfern der Reaktion werden. Man muß schon ein Missionar, ein Regierungssocialist sein, um ernstlich davon zu glauben, die Regierung wolle das gleiche Wahlrecht. Vom Grafen Hertling, ein Mann vom Coulour Graf Spee, kann eben nur ein Regierungssocialist etwas erwarten, aber kein normaler Mensch. (Anruf des Abg. Reinert.) Was haben Sie dazu getan, im Volke den Gedanken der Revolution zu erregen? (Abg. Reinert: Was haben Sie getan?) Wenn ich das Volk noch nicht erhoben hat, so sind die Regierungssocialisten daran schuld. (Beifall bei den L. Soz.) Damit schließt die allgemeine Aussprache. Es folgt die Einzelberatung über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus.

Die zweijährige Unfähigkeit.

§ 1 schreibt für jeden Wahlberechtigten eine einjährige Aufenthaltspflicht in der Gemeinde vor. Nach dem Kompromißantrag soll diese Frist auf zwei Jahre verlängert werden. Abg. Gronowski (Z.) begründet den Antrag, die Frist auf ein halbes Jahr herabzusetzen.

Abg. Porich-Berlin (Soz.):

Wir haben das bereits in der zweiten Lesung beantragt, lieber vergeblich. Natürlich stimmen wir auch jetzt dafür. Auf den Kompromißantrag näher einzugehen, ist zwecklos, denn noch so gewichtige Gründe würden an seiner Annahme doch nichts ändern. Der Abg. Lohmann äußerte zwar Bedenken gegen die Fortsetzung der einjährigen Aufenthaltspflicht, meinte aber, daß alle diese Bedenken durch die Bestimmungen über die zweijährige Aufenthaltspflicht beseitigt werden sollten. Wir ist ein derartiger Schluß unerlässlich. Sollte die in den letzten Tagen entwickelte Tätigkeit Dr. Lohmanns, um das gleiche Wahlrecht zu Fall zu bringen, einigermassen verwirrend auf ihn eingewirkt haben?

Mindestens 25 Proz. der Wähler in den Industrieregionen werden, wenn dieser Antrag Gesetz wird, völlig enteignet. (Sehr wahr! links.) Hiernach haben wir nicht nur kein gleiches, sondern auch nicht einmal das allge-

meine Wahlrecht. Wir halten weitere Ausführungen für überflüssig. Aber um so beständiger werden wir draußen zu den Wählermassen reden. (Beifall links.)

Ueber den Kompromißantrag wird namentlich abgestimmt. Er wird mit 223 gegen 188 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte die Linke und die Mehrheit des Zentrums. Mit dieser Abstimmung ist der Antrag Gronowski erledigt.

Das gleiche Wahlrecht abgelehnt.

Am die Rede des § 3 auszufüllen, beantragen die Fortschrittler, die Nationalliberalen mit einem Antrag Lucas und die Zentrumsarbeiter die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, also die Einführung des gleichen Wahlrechts. Dieser Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 164 Stimmen abgelehnt. Die Parteien stimmten wie bei der dritten Lesung.

Ein Sieb gegen die Kriegsteilnehmer!

Ein Antrag Dr. Hagemeister (natl.) will im Falle der Annahme des Kompromißantrages, welcher für jeden über 50 Jahre alten Wähler und für die Selbständigen Zusatzstimmungen vorsieht, den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstamme gewähren.

Nachdem ein Vertagungsantrag abgelehnt ist, wird in namentlicher Abstimmung der Antrag Hagemeister zugunsten der Kriegsteilnehmer mit 251 gegen 147 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. (Hört! hört! links.) Dagegen stimmten die Konservativen, die Freikonservativen, die Lohmann-Gruppe, die Unabhängigen.

Der Hauptkompromißantrag Lohmann

mit den Zusatzstimmungen für das Alter und die Selbstständigkeit wird darauf in namentlicher Abstimmung angenommen. Dafür stimmten 256, dagegen 154 Abgeordnete.

Abg. Lohmann (natl.) erklärt, daß man sich vielleicht über den Antrag Hagemeister auf Einführung einer Zusatzstamme für die Kriegsteilnehmer hätte einigen können, wenn er früher gekommen wäre. (Ausrufe links.)

Um 1/2 Uhr wird ein Vertagungsantrag abgelehnt. Die Einzelberatung wird fortgesetzt.

Abg. Braun (Soz.): Wir verlangen die Verhältniswahl, die die Kompromißparteien jetzt für die gemischtsprachigen Bezirke ausreicht, für den ganzen Staat.

Um 1/2 Uhr wird ein Vertagungsantrag Dr. Pöhlke angenommen.

Mittwoch, 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß: 1/2 Uhr.

## Wiederum ein „Unannehmbar“.

Die Regierung gegen territoriale Arbeitskammern.

Seit Jahren verlangt die Arbeiterschaft eine Interessenvertretung. In den Besprechungen, die der Ueberrahme des Reichsamtens durch Graf Hertling und v. Bayer vorangingen, spielte diese Frage eine Rolle. Die neue Regierung sagte die Schaffung zu. So kam der Arbeitskammergesetzentwurf. Er entsprach nicht den Wünschen der Arbeiterschaft; insbesondere nicht hinsichtlich des organischen Aufbaues der Kammern. Die Regierung wollte sachliche Kammern. Nach langen Beratungen der Kommission wurde in der 6. Sitzung mit 15 gegen 13 Stimmen die territoriale Grundfrage beschlossen. In der heutigen Sitzung erklärte der dazu beauftragte Regierungskommissar, daß die Regierung die Zustimmung zu dem Beschlusse, die Kammern auf territorialer Grundlage zu errichten, nicht in Aussicht stellen könne.

Man beachte, daß in dieser Frage Einmütigkeit in der gesamten Arbeiterschaft besteht. Alle Gruppen, sogar die Selben, sind für territoriale Arbeitskammern. Nun erklärt die Regierung, daß ihr dieser Aufbau unannehmbar sei. Das geschieht von vornherein.

War nun noch eine Weiterberatung der Vorlage möglich? Sollte sich die Kommission in wochenlangen Sitzungen arbeiten unterziehen, die nur für den Papierkorb waren? Von unseren Vorgesetzten war der Antrag gestellt worden, nunmehr dem Plenum Bericht zu erstatten. Das schien der Kommissionsmehrheit mit Rücksicht auf die öffentliche Stimmung bedenklich; sie war der Meinung, zunächst einmal eine Stillnahme der Fraktionen herbeizuführen.

Wir meinen, daß Arbeit von vornherein zu schaffen ist. Sollen die Regierung die heutige Zeit für geeignet, den einmütigen Wünschen der Arbeiterschaft entgegenzutreten, so mag sie die Verantwortung dafür in der Öffentlichkeit tragen. Hier hilft kein Vertuschen. Die Öffentlichkeit muß erfahren, daß der alte Geist, die alte Tradition, kein Hindernis des Erkenntnisses einer neuen Zeit bei der Regierung vorhanden ist, daß sie den alten Jaden der Vorkriegszeit fortspinnen will.

Sei's drum! Neben der ägernden Haltung der Regierung in der Wahlrechtsfrage nun der fehlende Wille, den Arbeitern in der Schaffung einer gesetzlichen Interessenvertretung entgegenzukommen. Eine schärfere Brückierung kam es kaum geben.

Bisher waren die gewerkschaftlichen Organisationen die einzige wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter. Sie werden es auch in Zukunft sein, und zwar in noch viel höherem Maße als bisher, je mehr sich die Arbeiterschaft ihnen anschließt. Will man der Arbeiterschaft eine ihrem einmütigen Wünsche entsprechende gesetzliche Interessenvertretung nicht gewähren, so bleibt nur der Kampf der gewerkschaftlichen Organisationen zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter.

Für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens wird das Fehlen einer gesetzlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer eine große Lücke sein. Wenn sie bleibt, trägt die Regierung durch ihr jetziges Unannehmbar die Schuld daran. Diese Schuld soll auch klar erkannt werden. Wir bedauern daher, daß die Arbeitskammerkommission nicht gleich an das Plenum herantreten ist. Zu Verhandlungen von hinten herum ist kein Raum. Hier handelt es sich um eine grundlegende Frage. Und zwar nicht einmal so sehr um die des Aufbaues der Arbeitskammern, als um jene, ob die Regierung mit jedem Unannehmbar ihren Willen soll durchsetzen können. Der Regierung scheint jedes Verständnis für die gegenwärtige Situation abzugehen. Sie scheint sich der Bedeutung, daß wir vor dem fünften Kriegsjahr leben, nicht bewußt zu sein, vor allem auch nicht der Tatsache, daß sie nur eines der beiden Glieder der Gefährdung ist. Das hätte ihr im Plenum gesagt werden müssen.

Das uns dem Arbeitskammergesetzentwurf werden wird, liegt im Dunkeln. Aber die Arbeiter werden sich rufen müssen, ihre Organisationen so auszubauen, daß diese auch ohne gesetzliche Interessenvertretung einer solchen wirklich dienen können. Wir hoffen, daß das neueste Unannehmbar der Regierung diese von ihr nicht beabsichtigte Wirkung einer Stärkung der Arbeiterorganisationen haben wird.

# Gewerkschaftsbewegung

## Starke Begriffsverwechslung.

„Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“ versteht ihr Metier. Obwohl sich allen einschlägigen Sozialpolitikern die Ueberzeugung aufdrängt, daß im Interesse des Fortbestehens der Nation und der Wiederherstellung des Wirtschaftsebens alles getan werden muß, um die niederen Volksschichten vor größter Not und Unbill zu bewahren, werden die leitenden Personen in Arbeitgeberkreisen, insbesondere „Die Deutsche Arbeitgeberzeitung“ nicht müde, jede soziale Tat als eine Gefahr an den Grundfesten des Staates zu kennzeichnen. Ein solcher gegen noch so bedeutsame soziale Neuerungen geführter Kampf führt zuweilen zur höchsten Begriffsermittlung. Ein Beispiel hierfür bietet ein „Imponderabilien“ überschriebener Artikel der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 9. Juni. Es ist darin von allgemeiner Volksstimmung die Rede — jenem unwägbareren Moment, das oft genug auf den Gang der Ereignisse einen entscheidenden Einfluß ausübt. — Vertretende Staatsmänner mühten es — ähnlich wie Visconti — vertretende die öffentliche Meinung und Stimmung in den Dienst ihrer Absichten zu stellen. Und es wird sogar an die Forderung von Lagarde erinnert, wonach der Staat seine Hauptaufgabe darin erblicken müsse, das ganze Volk zum Staatsmann zu erziehen. Das istliche zugleich die Notwendigkeit ein, daß der Staat und seine Organe, daß Gesetzgebung und Verwaltung bei allen Maßnahmen darauf achten, inwieweit diese den Zwecken einer idealistischen Entwicklung untrüglich oder schädlich sind. Fast wirkt es wie eine scharfe Satire auf gewisse Erscheinungen unserer gegenwärtigen Zeit, wenn das Unternehmerorgan den Staat an die Pflicht erinnert, das ganze Volk zum Staatsmann zu erziehen. Die Erziehung zum Idealismus setzt voraus, daß die gerade während dieser Kriegszeit so trüb in die Erscheinung tretende Gewinn- und Selbstsucht, die in tausendfacher Art sich offenbarende Spekulation auf die Tücken der eigenen Volksgenossen zunächst mit Stumpf und Stiel ausgerodet werden muß.

Diese Gewinn- und Selbstsucht ähnet sich heute in so starkem Grade, daß das Wort Idealismus wie eine scharfe Dissonanz von dem denkbaren Beobachter unserer Tage empfunden werden muß.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ sieht des weiteren eine analoge Manie darin, alle Beziehungen, vornehmlich diejenigen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, in die starren Fesseln gesetzlicher und vertraglicher Bestimmungen einzuzwängen. Sie — die Vertreterin des „freien Spiels der Kräfte“ — erblickt darin einen Bruch des Vertrauens als dem Mittelpunkt aller Sittlichkeit und meint: „Je mehr Klemmen, je mehr Kommissionen, je mehr Räumern, desto kläglicher und armseliger die Rolle, die nach dem Vertrauen, dieser höchsten menschlichen Eigenschaft übrig bleibt!... Wohin wir aber auch sonst blicken, auf die Tarifverträge, auf die Einmischung des Staates in die Lohnverhältnisse, auf die immer weiter und weiter um sich greifende bürokratische Aufsicht, an allen Ecken und Enden das gleiche System: immer nur Zwang und Reglementierung, immer wieder Einschränkung und Zurückdrängung des gegenseitigen, freiwilligen Vertrauens!“

Und scheint, als ob das Unternehmerorgan die Schwäche seiner Position, die in einem solchen Sturmsverdrängen gegen die staatliche Reglementierung liegt, gar nicht empfinde. Denn daß das Goethe'sche Wort in seinem Tasso: „Wer spät im Leben sich verstellen lernt, der hat den Schein der Ehrlichkeit voraus“, auf die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ angewandt werden kann, vermögen wir in diesem Fall nicht anzunehmen.

Es fehlt demnach wohl dem Unternehmerblatt die Einsicht, daß die staatlichen Reglementierungen doch eigentlich notwendige Akte sind; Akte, die erst festgelegt wurden, nachdem auf Grund jahrelanger Erfahrungen der Arbeiter das Vertrauen zu den Unternehmern völlig verloren hatte. Die Arbeiterklasse traut dem Unternehmer nicht mehr über den Weg, so wenig hat sich daselbst durch seine eigenen Taten des Vertrauens — als der höchsten menschlichen Eigenschaft — würdig gezeigt. Und in der Tatsache, daß das werftätige Volk durch „unseren Gängelbandpolitik“, so nennt die Arbeitgeberzeitung — unsere soziale Gesetzgebung — in seinen Bestrebungen gefördert wird, können nur Unternehmer vom Geiste dieses Unternehmerorgans eine Schwächung des Selbstvertrauens und einen schleichenden Prozeß fortgesetzter Entfremdung erblicken. Durch jene sozialgesetzgeberische Entwicklung wird vielmehr in den werftätigen Schichten erst das Vertrauen zum Staate geweckt, wonach sich auch der Arbeiter als ein Glied in der Volksgemeinschaft fühlt. Doch es indessen dem Unternehmerblatt lediglich darum zu tun ist, die überlieferten Ausbeutungsmethoden zu verfestigen, beweist die Tatsache, daß es am Schluß des genannten Artikels von einer Tendenz unserer Sozialpolitik spricht, die anstatt eine Arbeitsvermehrung, eine Arbeitsverfälschung zum Ziel habe. „Mag sich der Unternehmer bei Tag und Nacht plagen, mag ihm eine zwölfstündige Arbeitszeit noch zu kurz erscheinen, für die Masse des Volkes wird der Arbeitstag immer länger, die Arbeitsleistung immer geringer!“

Eine solche Glanzleistung, den Unternehmer in einen sich im Schwelge seines Angehens plagenden Mann und die Masse des arbeitenden Volkes in gemüthliche Dummheit zu verwandeln, sey dem „Imponderabilien-Artikel“ der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ in der Tat die Krone auf.

### Achtung, Dachdecker!

Der Stundenlohn beträgt vom 15. Juni d. J. 1,75 M. Auskunft über alle Tarifangelegenheiten wird im Verbandsbureau, Sophienstr. 6, Hof 1, Ausgang 8, in der Bureauezeit von 4—7 Uhr nachmittags erteilt. Der Vorstand.

### Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlin.

Der Ingenieur B. der Firma Sch. wünscht einen Abblehrschrein. Die Firma hatte denselben aus folgenden Gründen vertagt: Bald nach Einreichung der Kündigung hatte B. eine Unterredung mit dem Direktor über den Abschluss eines Vertrages auf weitere zwei Jahre. Die Direktion behauptete nun, daß der Vertrag, wenn auch vorläufig nur mündlich zum Abschluss gekommen sei; letzteres bestritt der Ingenieur B. entschieden. Eine Feststellung war hier nicht möglich, da Aussage gegen Aussage stand, und hätte es eventl. zu einer eidlichen Unternehmung kommen müssen. Doch konnte die ganze Feststellung unterbleiben, da die Frage, ob ein weiterer Vertrag abgeschlossen ist oder nicht, für die Ausschließung des Abblehrschreins keine Rolle spielt. Der Schlichtungsausschuss prüfte nach den üblichen Grundsätzen die Frage, ob ein Abblehrschrein auszustellen ist. Es wurde der Firma angetragen, dem Beschwerdeführer eine angemessene Gehaltszulage zu geben, dessen Höhe vom Kriegsausschuss festgesetzt ist. Bewilligt die Firma dies Gehalt, braucht sie keinen Abblehrschrein auszustellen. Die Frage, ob ein Vertrag abgeschlossen ist oder nicht, wurde vom Schlichtungsausschuss beiseite gelassen. Wenn die Parteien ein Interesse daran haben, die Frage des Vertragsabschlusses klar zu stellen, so müssen sie sich an die ordentlichen Gerichte wenden. Sollte dort festgestellt werden, daß kein Vertragsabschluss vorliegt, so kann der

Beschwerdeführer trotzdem nicht gehen, er ist dann eben ohne Vertrag mit rechtswidriger Kündigung vor Antritt des Abblehrschreins. Im übrigen gelten die alten Vertragsbedingungen mit dem vom Kriegsausschuss festgesetzten Gehalt.

Der Klempner V. aus einer Kältefabrik will einen Abblehrschrein, da bei seiner jetzigen Beschäftigung ein Augenleiden ihm Beschwerden verursacht. Dies wird durch ein Attest bestätigt. Der Kriegsausschuss entscheidet dahin, daß der Mann eine Arbeit bekommen muß, die seinen Augen nicht schadet, andernfalls erhält er den Abblehrschrein.

Der Mechaniker H. bei der Firma Schw. will den Abblehrschrein, weil ihm bei einer anderen Firma eine Meisterstelle angeboten ist. Dies wird durch entsprechende Schreiben bewiesen. Der Kriegsausschuss entscheidet dahin, daß wenn die Firma Schw. dem Beschwerdeführer die gleiche Position bietet, in erster Linie Anspruch auf die Tätigkeit des Beschwerdeführers habe. Andernfalls stehe demselben der Abblehrschrein zu.

Die Arbeiter einer Luftfahrzeugfabrik haben sich an den Kriegsausschuss gewandt, da Verhandlungen über Aufhebung der Löhne und sonstige Differenzen im Betrieb zu keinem Resultat geführt haben. Vor Eintritt in die Verhandlungen wird seitens der Arbeiterkommission gegen einen Arbeitgebervertreter wegen Verletzung des Einpruchs erhoben. Es ist ein Arbeitgeber aus der Luftfahrzeugfabrik, die untereinander eine Verabredung dahingehend getroffen haben, daß sie sich gegenseitig in bezug auf Angehörige an die Arbeiter keine Schwierigkeiten machen, d. h. sich immer mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen auf einer Stufe halten. Nach längerer Auseinandersetzung haben die Arbeiter ihren Einpruch zurückgezogen; sollten die seit einiger Zeit in dieser Branche beobachteten Vorkommnisse sich weiter so abspielen, so behalten sie sich vor in ähnlich gelagerten Fällen Schritte auf einer Entscheidung ihrer Ablehnung zu bestehen. Die Differenz selbst wird zur nochmaligen Verhandlung an den Betrieb zurückverwiesen, nachdem eine grundsätzliche Aussprache und Klärung verschiedener Mißverständnisse im Kriegsausschuss erfolgt war. Sollte die nochmalige Verhandlung im Betrieb kein beiderseitig befriedigendes Ergebnis zeitigen, so soll die Sache nochmals dem Kriegsausschuss beschickten.

Der Mechaniker U. ein Kriegsschiffbauarbeiter bei der Firma M. u. S., beklagt sich darüber, daß er Arbeiten zu einem Preise machen soll, der, wie selbst die Firma anerkennt, so mäßig ist, daß er zu seinem üblichen Verdienst nicht kommen kann. Die Firma glaubt aber trotzdem, nicht zulegen zu brauchen, da der Verdienst des Kriegsschiffbauarbeiters sonst derartig ist, daß er schon einmal eine Arbeit zu einem billigen Preis machen kann. Der Kriegsausschuss beschwert sich auch darüber, daß man ihm im Betrieb gesagt habe, er bekomme doch Rente als Kriegsschiffbauarbeiter und könne deshalb auch mal etwas billiger arbeiten. Der Kriegsausschuss entscheidet: die streitige Arbeit muß im Preise so erhöht werden, daß 10 Pf. pro Stunde mehr verdient werden können, oder aber dem Beschwerdeführer steht der Abblehrschrein zu. Die Verwertung bezüglich der Rente als Kriegsschiffbauarbeiter wird als ungescheit entschieden. Es geht dem Arbeitgeber nichts an, ob der Kriegsschiffbauarbeiter Rente bezieht oder nicht. Der Kriegsschiffbauarbeiter soll seine Arbeit beibehalten wie andere Arbeiter auch.

Der Ingenieur W. bei der Firma H. hat zurzeit 880 M. Gehalt pro Monat, während er eine Stelle mit 480 M. erhalten kann. Deshalb wünscht W. einen Abblehrschrein. Der Kriegsausschuss macht den Vorschlag, daß dem Beschwerdeführer ab 1. Juli d. J. 420 M. gezahlt werden und ab 1. Januar 1919 450 M. Der Vertreter der Firma behält sich drei Tage Bedenkzeit vor, um mit der Direktion Rücksprache zu nehmen. Sollte die Firma innerhalb der drei Tage nicht zustimmen, steht dem Ingenieur W. der Abblehrschrein zu.

Der Ingenieur Q. von der Firma G. hat gleichfalls Beschwerde geführt, weil ihm der Abblehrschrein nicht erteilt war. Auch dieser Beschwerdeführer, der zurzeit ein Einkommen von 425 M. pro Monat hat, kann eine andere Stellung mit höherem Gehalt bekommen. Der Vorschlag des Kriegsausschusses geht dahin, daß dem Beschwerdeführer ab 1. Juli 1918 475 M. und ab 1. Januar 1919 500 M. monatlich gezahlt wird. Auch in diesem Falle behält sich die Firma die endgültige Stellungnahme vor; sie wird innerhalb zwei Tagen entweder dem Vorschlag zustimmen oder aber dem Beschwerdeführer den Abblehrschrein ausstellen.

## Parteinachrichten.

### Die Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie.

Im Dresdener Volkshaus traten am Sonntag die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie zum ersten Male seit Kriegsbeginn zur ordentlichen Landesversammlung zusammen. Hatte die Vertreter des organisierten sächsischen Proletariats vor etwa 1 1/2 Jahren die unangenehme Aufgabe, zu den Streitigkeiten innerhalb der Partei Stellung zu nehmen, um nach bestem Wissen und Können durch ihre Beschlüsse zur inneren Parteieinstellung dem Parteinteresse zu dienen, so galt diesmal die Beratung in wesentlichen kommenden Dingen: dem Ausbau der Organisation, dem Erschaffen der wuchtigsten Waffe im Kampfe, der Parteipresse, dem Kampf um die künftige politische Gleichwertigkeit des sächsischen Volkes, unserer Wahlrechtsforderung, der Wahrung des Gemeinwohls und der gleichberechtigten Mitwirkung seiner Vertreter bei der Organisation der Übergangswirtschaft.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung, Bericht des Landesvorstandes, spricht Siederer: Im Auftrage des Landesvorstandes habe ich Ihnen Bericht zu geben. Bevor wir zur Kreisorganisation kommen, im Jahre 1901, hatten wir in Sachsen 25 581 Mitglieder, 1910 bereits 99 472, also nach knapp zehn Jahren eine Verdreifachung. 1914 mußten wir 177 655 Organisationsangehörige. Warum konnten diese stolzen Erfolge nicht behauptet werden? Unsere Vertragsschlusser, die besten Werkkräfte, sind größtenteils zum Heere einberufen. Ein fortwährender Wechsel unter den Zurückgebliebenen fand statt. Dann kam die Jespilitierung. Wochen und Monate wurde der Streit in den eigenen Reihen durchgeführt. Als diejenigen, mit denen wir bis dahin Schulter an Schulter gekämpft hatten, zu einem Sonderparteitag zusammentraten, der Gesamtpartei in den Rücken fielen, da mühten wir dazu Stellung nehmen. Die Gesamtpartei mußte durch ihre Stellungnahme wenigstens die schlimmste Jespilitierung verhindern. Und der Parteiabschluß hat in diesem Sinne entschieden, daß nicht größere Massen von dem wüsten Streit aus der Partei herausgeholt wurden. Ich glaube, wir haben unsere damalige Stellungnahme nicht zu bereuen. Ich glaube, daß diejenigen, die die Jespilitierung betreiben, heute dastehen wie die betrübten Lohrger. Statistiken über ihre Mitgliederzahlen werden heute schon gar nicht mehr veröffentlicht. Am vergangen Sonntag hat Nüssel im 14. Wahlkreis Bericht erstattet. Der Bericht ergab eine Einnahme von 1000 M. Wenn wir dabei einen Mitgliederbestand von 300 Mann annehmen, so ist das schon ziemlich hoch gegriffen.

Wir haben nach vier Kriegsjahren zu konstatieren daß sechs Kreise ausgeschieden sind: der Leipziger Bezirk und der 8. und 15. Kreis, mit zusammen 62 209 Mitgliedern. Wir mühten nach dem Friedensstand noch haben 115 446 Mitglieder. Zum Heeresdienst sind 68 026 Mitglieder einberufen. Diese letztere Statistik ist aber sehr mangelhaft; es sind mindestens 70 000 Mitglieder einberufen. Vorhanden sind noch 23 707, verschwand also 22 000 Mitglieder. Dieses betrübende Bild wird von selbst die Frage auf: Wie kommt es, daß die Partei diese 22 000 Mitglieder nicht halten konnte? Wenn es unmöglich war, Neuerwerbungen zu machen, so sollte es doch möglich gewesen sein, daß wenigstens die früheren Mitglieder der Partei die Treue bewahrten. Die Ursachen sind zu suchen in der Umwälzung der Industrie, dem Daniederliegen der Textilindustrie, die mit einem Schlage ihrer Rohstoffe beraubt wurde. Sachsens Wirtschaftslieben wurde bis dahin von der Textilindustrie beherrscht. Nehmten diese wurden gezwungen, auszuwandern. Dazu kam, daß eine ganze Anzahl rekrutierter Munitionsarbeiter, aus Angst etwas zu tun, das der Fabriklieferung nicht annehmbar sei, und dann schließlich wieder in den Schützengräben zu wandern, sich der Organisation fernhielten. So ist es

schließlich nicht schwer, eine Erklärung zu finden für das Verschwinden der 22 000 Parteimitglieder. Dazu kam die Verdrossenheit über die Ernährungsverhältnisse.

Zum zweiten Punkt erstattete Genosse Ullig Bericht. Er weist auf das zu diesem Punkt vorliegende Druckmaterial hin, betont, daß neben der Abwanderung infolge der Einberufung zum Heere die Abnahme der weiblichen Parteimitglieder der Abnahme auffällig ist. Im Jahre 1913/14 waren 17 881 weibliche Mitglieder vorhanden, 7244 im letzten Geschäftsjahre, also eine Abnahme von rund 60 Proz. gegen rund 25 Proz. Abnahme der männlichen Mitglieder.

Nach dem Niedergang des Versammlungslebens in der ersten Zeit des Krieges ist neuerdings eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu konstatieren. Von 84 430 im vorliegenden ist die Zahl der verteilten Flugblätter im letzten Jahre auf 443 000 gestiegen. Wenn oppositionelle Strömungen in der Partei vorhanden sind, so liegt es vielfach daran, daß die Genossen und Genossinnen nicht genügend Gelegenheit haben, sich in Versammlungen über das, was sie drückt, auszupressen. Genosse Ullig wendet sich der künftigen Gestaltung der Parteifinanzen zu und fordert dringend, daß nicht nur die Beitragszahlung neu zu regeln, das Beitragsammeln zu beleben, sondern auch für Sonderbeiträge die sorgfältigste Sorge zu tragen ist.

Dr. Gradnauer führte aus: Schon in Friedenszeiten nützte unsere Presse nicht voll unseren Ansprüchen. Besonders war der Mangel augenscheinlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Unsere sächsische Presse hat sich während des Krieges verhältnismäßig gut gehalten. Am 1. April 1917 hatten wir in der deutschen Parteipresse 619 000 Abonnenten, am 1. April 1918 794 000, also 175 000 Zunahme. Es ist weiter interessant, daß die Feldpostabonnenten innerhalb eines Jahres um 82 Proz. zugenommen haben. Mit dieser neuerlichen Zunahme der deutschen Parteipresse hat nicht gleichen Schritt gehalten die Entwicklung der sächsischen Parteipresse. Die besonders ungünstigen Ernährungsverhältnisse mögen dazu beigetragen haben. Am größten war der Rückgang der Parteipresse dort, wo wir keinen Parteivorstand haben.

Ein Antrag der Ortsgruppe Riesa, die auf ein Nichttrauendvotum für den Landesvorstand abstimmte, weil er die durch den Krieg herbeigeführte Krise nicht zur Aufbesserung des Volkes und Befreiung der kapitalistischen Klassenherrschaft benutzte, fand keine Unterstützung, dagegen wurde ein Antrag des 4. Wahlkreises (Dresden-Neustadt) dem Landesvorstand überwiesen, wonach den Genossen empfohlen werden soll, sich weiterer Erörterungen über den Parteistreit zu enthalten und sich den praktischen und organisatorischen Aufgaben zu widmen.

Am Montag begannen die Verhandlungen mit einem Bericht des Landtagsabgeordneten Ullig über die Tätigkeit der Landtagsfraktion.

Ueber die Landtagswahlrechtsreform und die innere Neugestaltung referierte Genosse Landtagsabgeordneter Rißke. Dabei betonte er, daß die Landtagsfraktion zwar immer den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, den unser Programm gebietet, aber nach Ablehnung ihrer Forderungen den Anträgen aussteigen habe, die einen Fortschritt verhindern. So sei es der Landtagsfraktion auch gelungen, in der zweiten Kammer eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform und eine durchgreifende Weichnung der Herrenhausbefugnisse zustande zu bringen. Sowohl der Referent wie die Redner in der Debatte gelieferten scharf das wahlrechtsfeindliche Verhalten der sächsischen Regierung, die sich jeder ernstlichen freiheitlichen Reform entgegenstellt.

Sodann referierte Genosse Landtagsabgeordneter Sedt über die Übergangswirtschaft, wobei er besonders die Schwierigkeiten der Textilindustrie, die für die Exportindustrie, besonders aber für die Textilindustrie in Sachsen erwachsen, sowohl vom Referenten wie vom Genossen Winkler wurde gerügt, daß in den zur Übergangswirtschaft eingesehten Ausschüssen die organisierten Arbeiter ungenügend vertreten seien. Die hierzu angenommene Resolution faßt unter Berücksichtigung der sächsischen Verhältnisse die von unserer Seite zur Frage der Übergangswirtschaft gestellten Forderungen zusammen.

Ein Antrag der Frauen aus dem 23. Reichstagswahlkreis, eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Frauen einzuberufen, wurde dem Landesvorstand überwiesen.

Bei der Wahl des Landesvorstandes wurden die Genossen Braune (Madeberg), Dr. Gradnauer und Siederer einstimmig wiedergewählt.

Nach einem aufmunternden Schlusswort des Vorsitzenden, Genossen Egert, wurde die vom besten Geiste erfüllte Landesversammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die alte deutsche Sozialdemokratie geschlossen.

## Industrie und Handel.

### Das endgültige Ergebnis der 8. Kriegsanleihe.

Das Ergebnis der achten Kriegsanleihe stellt sich nach Mitteilung der Reichsbank (18. Mai) nunmehr auf 15 001 425 400 M. Die bei der ersten Meldung ausgesprochene Erwartung einer weiteren Erhöhung hat sich also durch Eingufommen von rund einer Viertelmilliarde Mark erfüllt.

Wunsch der Schweiz nach der Rheinverbindung mit dem Meer.

Der Schweizer Nationalrat beschloß heute mit einer Vorlage des Bundesrates, durch welche die Gesetzgebung über die Binnen-Schiffahrt dem Bund übertragen werden soll. Dabei erörtert Ulrich-Kargau, Ratholik, namens der Kommission insbesondere auch die Frage der freien Rheinschiffahrt und vertritt den Standpunkt, daß die Schweiz kraft der Bestimmungen des Pariser Friedens von 1814 und der Wiener Kongressakte von 1815, sowie endlich kraft der revidierten Rheiner Schiffsahrt vom Oktober 1863 das Recht der freien Schiffsahrt auf dem Rhein innehat, obwohl die Schweiz nicht Kontinent der Verträge ist. Die Schweiz müsse die formelle Anerkennung eines Uferstaates anstreben, sowie des Mitsprechrechtes in allen Schiffsahrtfragen, die den freien Rhein betreffen. Gegenüber Deutschland müsse die Schweiz geltend machen, daß die freie Stromschiffahrt weder durch Schleusen noch durch Kraftwerke gebindert werden dürfe. Der Bundesrat müsse den Grundsatß der uneingeschränkten Stromschiffahrt festhalten gegenüber den mit dem Völkergemeinschaftsrecht in Widerspruch stehenden Tendenzen deutscher Kreise. Bundesrat Ador betonte in der Erörterung der Vorlage die große Bedeutung des Ansehens der Binnen-Schiffahrt für die Schweiz und den Zusammenhang der wirtschaftlichen Unabhängigkeit mit dem Problem der freien Rheinschiffahrt zum Meer. Die Errichtung von Kraftwerken am Rhein und an der Rhone können für die schweizerische Schiffsahrt auf diesen Mäulen zu einer Gefahr werden. Die Schweiz wird sich auf das Völkerrecht stützen zur Verteidigung ihres Rechtes auf freie Schiffsahrt, das aus Artikel 5 des ersten Pariser Friedens wie aus den Wiener Kongressakten klar hervorgeht. Der Umstand, daß die Schweiz nicht Kontrahent der Akten ist, ändert an der Sache nichts. Der Bundesrat hat denn auch im April der badischen Regierung eine Note angefertigt, worin die Schweiz verlangt, daß die badische wie die elsässische Regierung am Rheinfluss keine die Schiffsahrt betreffenden Änderungen vornehmen lasse, ohne vorher die Schweiz zu unterrichten, damit diese ihre Rechte als Uferstaat wahren kann. Besprechungen über die Angelegenheit sind im Gange.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche bis Donnerstag mittags. Vielwolke, aber veränderlich, im Süden gebiete über leichte Regenfälle, zunächst noch ziemlich warm, später etwas Abkühlung.

Verantwortlich für den mittlere Norddeutschen Teil des Landes: Alfred Schatz, Berlin; für den südlichen Teil: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin. Druck: Born-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Springer u. Co. in Berlin. Einzelheft 2 Pfennig. 1 Heft 4 Pfennig zum Unterrichtsgebrauch.

Der Heeresetat im Reichstag.

172. Sitzung. Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kriegsminister v. Stein. Anfragen.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) fragt: In jüngster Zeit ist als Kriegstabak-Mischung an unser Heer Tabak in großen Mengen verkauft worden...

General v. Dren: Die Kriegstabak-Mischung ist aus der Not der Zeit entstanden. Die einzelnen Mischungen sollen freilich sehr verschieden aus. (Heitere Zustimmung.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Also ist die Einstellung nur vorübergehend?

General v. Dren: Zunächst vorübergehend. Abg. Dr. Müller-Reinigen: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß für das hier zu Tabak verwendete Saub 10 M. für den Zentner bezahlt werden...

General v. Dren: Die Kriegs-Tabakmischung kostet 8 M. das Kilogramm. Darin sind 1,20 M. Steuer enthalten. (Stürmische Protestrufe: Steuern auf Saub?)

Abg. Brey (Soz.) verweist darauf, daß bei der Beschaffung des Erlasses für die beschlagnahmten Lär- und Fensterbeschläge die Industrieellen völlig ausgeglichen sind...

Oberstleutnant Koch: Die Beschaffung des Erlasses mußte durch eine behördliche Regelung erfolgen, weil sonst nicht genügende Sicherheiten gegeben sind gegen eine Bewucherung des Publikums.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) interpelliert wegen des Lynchmordes an dem in Deutschland geborenen Bergarbeiter Paul Prager in Amerika.

Gef. Legationstrat Simons: Es ist richtig, daß am 4. April der Deutsche Prager von einer Menschenmenge in Collinsville aus dem Gefängnis geschleppt, durch die Stadt geführt und an einem Baume aufgehängt worden ist...

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Ist dem Reichskanzler weiter bekannt, daß die Daily Mail in den letzten Tagen triumphierend eine Deporelliste ähnlicher Fälle aufgeführt hat...

Gef. Legationstrat Simons: Die Tatsache, daß auch in anderen Fällen Deutschamerikaner oder aus Deutschland Beherrigte von der amerikanischen Bevölkerung in unqualifizierter Weise vergewaltigt und gehindert worden sind...

Abg. v. Trampinski (Volk) bringt zur Sprache, daß in verschiedenen Gefangenengläsern seit Wochen Tausende früherer Soldaten polnischer Abstammung sich aufhalten müssen...

Oberst v. Franckh: Dabei handelt es sich um Leute, die kurz vor Abschluß des Friedens mit der Waffe in der Hand angetroffen wurden und deshalb mit Recht als Kriegsgefangene betrachtet worden sind.

Es folgen die zurückgestellten Abstimmungen zum Reichsamt des Innern. Die beiden vom Ausschuss gerichteten Vortragenden Räte werden wieder bewilligt.

Der Heeresetat.

Die zweite Lesung des Heeresetats wird verbunden mit der ersten Lesung der neu eingebrachten militärischen Gesetzentwürfe.

1. Aufgebots bei Auflösung des Landsturms nicht wieder zum Landsturm zurücktreten sollen, sondern, weil sie sich als völlig kriegsbrauchbar erweisen haben...

Kriegsminister v. Stein

gibt zunächst einen Überblick über die Kriegslage im Osten, wie sie aus den Heeresberichten bekannt ist. Voll Bewunderung und voll Dankbarkeit blicken wir heute auf unsere unergiebliche Armee.

Der Kriegsminister begründet nunmehr die drei militärischen Vorlagen. Er verweist zur Begründung der Vorlage auf

Heranziehung der Heeresunfähigen

zum militärischen Arbeitsdienst auf die lebhaften Klagen und Beschwerden darüber, daß diese Personen in dieser schweren Zeit irgendeiner militärischen Dienstleistung nicht unterworfen sind...

Abg. Dr. Wirth (Z.):

Noch immer kommt es vor, daß Soldaten verboten wird, sich an Abgeordnete zu wenden. (Hört! hört!) Dabei ist gerade dadurch, daß wir Beschwerden haben nachgehen können...

der Reichstag lächerlich gemacht.

Die Aufklärungssoffiziere müssen sehr sorgfältig ausgesucht werden. (Sehr richtig!) Der Erlass über die Sonderbehandlung der erschöpfungsreichen Soldaten ist ein politisches Unglück.

monatlang den Soldaten die Lebensmittel unterschlagen wurden.

Kein Vorgesetzter merkte etwas davon. (Hört! hört!) — Die letzten Söhne von Familien, die bereits Söhne verloren haben, müssen alle freigelassen werden.

Abg. Schöpplin (Soz.):

Der Entwurf über die Heeresunfähigkeit muß große Bedenken erregen. Es werden zweifellos bei der Ausführung des Gesetzes eine Unmenge Mißgriffe vorkommen.

eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel

lostenlos überlassen werden; ferner muß darauf hingewirkt werden, daß den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage, nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird.

werden. Eine große Mißwirtschaft herrscht noch immer im Durcheinander. Große Mißgunst erregt draußen, daß Leute, die aus dem Arbeiterstande kommen, niemals zu Offiziersstellen zugelassen werden.

großen Mängel in der Urlaubsfrage.

(Sehr richtig!) Unerhörter Skandal ist es, wenn die Urlaubsgewährung von der Höhe der gezahlten Kriegsgeldsätze abhängig gemacht wird.

Anzeigen der Militärkapellen im „Vorwärts“ verboten.

Im Ref.-Inf.-Reg. 204 hat der Regimentskommandeur den „Vorwärts“ und andere sozialdemokratische Blätter beschlagnahmt.

Ein Soldat, der mit diesem Vermerk herauskommt, ist geliefert. Jede kleine Vergünstigung wird ihm verweigert. Ich verleihe, daß die Militärverwaltung diesen Streikenden nicht besonders wohlgesinnt ist...

Abg. Dr. Doss (Sp.): Mit den vorgeschlagenen Milderungen im Militärstrafgesetzbuch sind wir einverstanden. Schwere Bedenken dagegen haben wir gegen die Vorlage über die Heeresunfähigen.

gegen das gleiche Wahlrecht

wird unter Mißbrauch der Vorgesetztenmacht gearbeitet. Obwohl sich der oberste Kriegsherr für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hat...

Die Steuerberatung im Hauptauschuss.

Wahl des Genossen Ebert zum Vorsitzenden.

Der Ausschuss wählte am Dienstag zunächst zum Vorsitzenden den Abg. Ebert, zu dessen Stellvertreter den Abg. Dr. Strosemann.

Die Aufstellungen derjenigen, welchen die Ruhung fideikommissarisch gesicherten Vermögens zusteht, über das steuerpflichtige Einkommen aus diesem Vermögen 10 v. H.

Abg. Waldstein bemerkt in der Begründung des Antrags, daß die Besteuerung wesentlich zur Popularität der Fideikommission beitragen würde.

Staatssekretär Graf Kochern erklärt, daß sich die verbündeten Regierungen nicht auf den Boden des Antrages stellen können.

Abg. Dr. David: Die Belastung des Fideikommisses in diesem Gesetz ist haarscharf und formal möglich. Ein solcher Eingriff macht sich für die Betroffenen nicht einmal fühlbar.

Staatssekretär Graf Kochern: Wenn ein Vorrecht der Fideikommission besteht, so beruht es auf Landesgesetz.

Abg. Gröber bestritt nicht die formale Berechtigung, eine Debatte der Fideikommission in dieses Gesetz hineinzuarbeiten. Die Fideikommission sind aber bereits recht erheblich belastet, so daß der Antrag materiell nicht berechtigt ist, aus demselben nicht, weil nur eine Form des Vermögens herausgegriffen wird.

Abg. Dr. Nießer erklärt, daß die Nationalliberalen gegen den Antrag stimmen werden.

Abg. Dove wendet sich gegen den Vorredner. Die Fideikommission sind wirtschaftlich von Unheil, denn sie verhindern die Entwicklung. Wenn die Lantienmen versteuert werden, dann ist es ganz unverständlich, die Einnahmen aus den Fideikommissionen unberührt zu lassen. Der Gerichtsstempel für Fideikommissionen wird zudem häufig im Gnadenwege erlassen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Zu der Besteuerung des Selbstaufwandes liegen verschiedene Anträge vor.

Ein Antrag der Sozialdemokraten verlangt eine Erhöhung für Umsätze, die über 3 Millionen hinausgehen, und zwar von den nächsten angefangen oder vollen 10 000 000 M. 4 v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 20 000 000 M. 4½ v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 30 000 000 M. 5 v. H., von den nächsten angefangen oder vollen 50 000 000 M. 5½ v. H., darüber 6 v. H.

Abg. Neil begründet diesen Antrag mit dem Hinweis darauf, daß die großen Unternehmungen schärfer gefaßt werden müssen. Dagegen müssen Sparkassen und Genossenschaften unter allen Umständen freigelassen werden. Sollte das abgelehnt werden, dann ist es angebracht, daß bei Sparkassen und Genossenschaften nicht über 1 Prozent hinausgegangen wird.

Unterstaatssekretär Schiffer: Die im Gesetzentwurf vorgesehene Staffelung der Selbstaufwände wurde vorgenommen zum Zwecke der Schonung der kleinen und mittleren Institute. Es erscheint fraglich, ob es angebracht ist, über die Vorschläge hinauszugehen. Der Antrag Nießer, auch die Einlagen von Banken bei anderen Banken freizulassen, dürfte aber eine Ueberbegriffung darstellen, weil hier nicht ein organisatorischer Aufbau wie bei den Genossenschaften vorliegt. Weiterhin bestehen große Bedenken vom fiskalischen Standpunkt gegen eine vollständige Freilassung der Sparkassen. Hierzu liegt auch keine Berechtigung vor, da sie mit den Banken vielfach in offener Konkurrenz stehen. Ihre steuerliche Freilassung würde somit eine ungerechtfertigte Bevorzugung darstellen.

In der sehr ausgedehnten Aussprache kam von allen Seiten der Wunsch zum Ausdruck, die Sparkassen und Genossenschaften steuerlich zu bevorzugen, wenn auch die Schwierigkeiten nicht verkannt wurden, die sich diesem Wunsch entgegenstellen, weil eine Anzahl Sparkassen sich zu richtigen Bankgeschäften entwickelt haben. Von einem Vertreter der Regierung wird betont, daß die Sparkassen schon nach dem Entwurf nur ganz minimal getroffen werden.

Mittlerweile ist ein Antrag der Sozialdemokraten eingegangen, der die Steuerfreiheit auch auf die Genossenschaften ausdehnt, eventuell aber einen einheitlichen Steuersatz von 1 v. H. festsetzt wissen will.

Abg. David weist noch darauf hin, daß die Ueberschüsse der gemeindlichen Sparkassen für Zwecke der Allgemeinheit verwendet werden. Die Ueberschüsse der Banken dagegen den Aktionären zufließen. Eine Freilassung der Sparkassen und Genossenschaften ist schon aus diesen Gründen gerechtfertigt.

Erzberger erklärt, die Freilassung der Sparkassen nicht mitmachen zu können, wohl aber sei das Zentrum bereit, den Steuersatz für Sparkassen und Genossenschaften auf die Hälfte herabzusetzen.

Bei der Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag auf weitere Steigerung der Staffel angenommen. Öffentliche Sparkassen und Genossenschaften zahlen die Hälfte der Steuer, nichtöffentlichen Sparkassen kann diese Vergünstigung durch Beschluß des Bundesrats geändert werden.

Die Weiterberatung wurde auf Mittwoch vertagt.

## Branntweinmonopol.

Der Reichstagsausschuß für das Branntweinmonopol verhandelt am Montag über die Frage der Abgrenzung der landwirtschaftlichen Brennereien und die Erschwerung, neue Betriebe zu errichten. In diese Erschwerung für neue Betriebe und der Zurücklegung der gewerblichen Brennereien entfällt auch nach dem alten Branntweinsteuergesetz für die landwirtschaftlichen Betriebe mit Brennereien ein erheblicher Vorteil. Es wurde deshalb von dem Vertreter der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Volkspartei hiergegen Stellung genommen. Bei der Abstimmung wurde mit Unterstützung der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen der bisherige Zustand aufrechterhalten, und mit dem gleichen Stimmverhältnis bleibt die Benachteiligung der Genossenschaftsbrennereien bestehen. Von dem Vertreter der sozialdemokratischen Partei war beantragt, die Branntweinherstellung aus Getreide zu untersagen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten in der Volksernährung, die sich auch längere Zeit nach dem Kriege unangenehm bemerkbar machen werden, und dazu veranlassen, die Vergeudung von wichtigen Nahrungsmitteln zu unterbinden. Der Antrag fand bei der Abstimmung nur die Unterstützung der Antragsteller und des Abg. Rumm; er wurde abgelehnt.

# Groß-Berlin

## Auch ein Beitrag zur Bevölkerungspolitik.

Die Sparkasse der Stadt Berlin soll fofugagen in den Dienst der Bevölkerungspolitik gestellt werden. Schon die neue Satzung vom 12. August 1916 gab dem Kuratorium die Ermächtigung, kinderreiche Familien zu „prämiieren“. Jetzt hat das Kuratorium einen Vorschlag gemacht, dem der Magistrat beigetreten ist und für den er die Stadtverordneten um ihr Einverständnis ersucht. In seiner Vorlage beantragt er, vom 15. Juni 1918 ab jedem neugeborenen Berliner Kind ein Sparbuch mit einer ersten Einlage von 1 Mark zuzuwenden, um „zur Förderung der Wohlfahrtspflege an geeigneter Stelle mitzuwirken“. Wenn bereits vier oder mehr lebende Geschwister vorhanden sind, wird die Einlage für jedes neugeborene Kind auf 10 Mark bemessen. Wohl gemerkt: es handelt sich nur um eine einmalige Zuwendung für jedes Kind. Auf das geschenkte Sparbuch weitere Einzahlungen zu machen, ist dann Sache der Eltern. Die als „Geschenk der Stadt Berlin“ bezeichneten ersten Einlagen von 1 Mark oder 10 Mark bleiben gegen Abhebung gesperrt bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres, ausgenommen bei früherem Weggang von Berlin oder Tod; dagegen können weitere Einlagen jederzeit wieder abgehoben werden. Der Magistrat verspricht sich von dem Sparbuchgeschenk eine „Verinsussung der Eltern“, denen dadurch „eindrücklich nahegelegt werden soll, für das Kind frühzeitig zu sparen“. Daß auch die Neigung, sich Nachwuchs anzuschaffen, durch das Sparbuchgeschenk angeregt werden soll, sagt die Begründung nicht ausdrücklich. Das ist aber tatsächlich der Hauptzweck des Gesenks, wenn nicht der Zahlung von 1 Mark für jedes neugeborene Kind, so mindestens der Bemessung auf 10 Mark vom fünften Kindes an. Worten wie ab, ob nunmehr die Eltern und solche, die es werden wollen oder sollen, sich dranhalten werden. Offen gestanden: wir finden diese „Prämien“ lächerlich, wenn wir daran denken, daß bei einer Entbindung sogar die Extraprämie von 10 Mark noch nicht mal zur Deckung der Hebammenkosten ausreicht. Die beantragte Satzungsänderung ist übrigens in ihrem Wortlaut nicht ganz klar. Es fehlt z. B. eine bestimmte Angabe darüber, ob das Geschenk auch Kindern gewährt werden soll, deren Mütter außerhalb Berlins wohnen und nur zur Entbindung hierhergekommen sind. Im letzten Friedensjahr 1918 wurden in Berlin 42 498 Kinder geboren, darunter von außerhalb wohnenden Müttern in öffentlichen und privaten Anstalten und bei Hebammen zusammen 3424.

## Dringende Einladung zur Kohlenabnahme.

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Kohlenverbund Groß-Berlin hat mit Wirkung vom heutigen Tage sämtliche mit den Ziffern 1, 2 und 3 bezeichneten Abschnitte der Kohlenkarte zur Belieferung mit je ½ Zentner Kohle freigegeben. Die hierdurch zum Zuge freigegebene Kohlenmenge ist zur Deckung des Kohlenbedarfs während der Sommermonate bestimmt. Die seit Anfang dieses Monats störende Abnahme der Kohlen durch die Verbraucher ist geeignet, die Durchführung der Versorgungsmaßnahme für den kommenden Winter auf schwerste zu gefährden. Sie muß angesichts der beschränkten Lagerungsmöglichkeit der Bränsel bei den Kohlenhändlern diese verhindern, die vom Reichskohlenkommissar für die Belieferung Groß-Berlins bestimmten Mengen regelmäßig abzurufen. Sollte durch verzögerte Abnahme der Kohlen seitens der Verbraucher die Kohlenbelieferung Groß-Berlins aufgehalten werden, so wäre der hierdurch bedingte Ausfall in der Belieferung bei der später eintretenden verstärkten Nachfrage mit Rücksicht auf die begrenzte Transportmöglichkeit nicht einzuholen, ein Umstand, der zur Kraftloswerdung von Abschnitten der Kohlenkarte führen müßte. Wenn den Verbrauchern nunmehr die Möglichkeit gegeben ist, das Dreifache der bisher freigegebenen Kohlenmenge zu beziehen, so muß von den Verbrauchern in deren eigenem Interesse erwartet werden, daß sie mit der Entnahme der ihnen zustehenden Kohlen unverzüglich beginnen.

## Renovierung in der Schuhverfertigung.

Die Reichsstelle für Schuhverfertigung hat eine neue Visitenkarte von paragrafenreichen Bekanntmachungen veröffentlicht, die am nächsten Sonnabend in Kraft treten sollen. Die erste handelt von „Sonderkassenscheinen“ und enthält im wesentlichen die Mitteilung, daß jedermann in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September d. J. Anspruch auf einen Extrabesugsschein hat, der ihn zum Bezug eines Paares Schuhe berechtigt, und zwar eines Paares Hauschuh oder Pantoffeln, oder Turn-, Tennis- oder sonstiger Leinwand-, oder Ball- oder Gesellschaftschuhe aus Seide, Samt, Kunstleder usw. Am 1. Oktober verlieren diese Sonderkassenscheine ihre Gültigkeit. — Die zweite Bekanntmachung verbietet den Schuhwarenhändlern alle Maßnahmen, die geeignet sind, Ansammlungen von den Reichsstellen herbeizurufen, besonders die Ankündigung von Verkaufstagen und vom Eingang neuer Warenlieferungen. Außerdem wird der Händler verpflichtet, von jedem Käufer eine Legitimation (Geburts-, Heimatortkarte, Militärpaß, Reiseausweis, Heimatschein) zu verlangen. Wer für einen anderen Schuh kaufen will, muß einen schriftlichen Auftrag und eine Legitimation des Auftraggebers vorlegen. Nur Haushaltungsbeamte dürfen für ihre Familienmitglieder ohne Vollmacht einkaufen. — Eine dritte Bekanntmachung behandelt die Ausbesserung von Schuhwaren. Eine solche darf vom 1. Juli an nur der ausführenden, der Leder von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zugestellt erhält. Wer kein Leder erhält und nur Ersatzstoffe verwendet, kann bei Bedarf auf Wiederherstellung zur Ausbesserung zugelassen werden. Ausführliche Einzelbestimmungen über die Führung von sogenannten „Auftragsbüchern“, über die Herstellung von Reklamaturwerk usw. ergänzen die Reihe der Bekanntmachungen, die ihren Nutzen erst durch die Praxis werden erweisen können, die aber — das darf man bereits heute sagen — den Stiefelkauf noch schweriger, umständlicher und getrauernder gestalten werden, als er es bisher schon war.

## Änderung der Spargelpreise.

Der Kleinhandelspreis für Spargel Sorte I ist auf 1,80 M. und der für Sorte II, III und unfortiert auf 1 M. festgesetzt worden. Es fehlt nun bloß noch der Spargel, um die Preise wirksam werden zu lassen.

## Neue Reisebrotmarken.

Die Zentralbehörden haben die äußere Form der Reisebrotmarken neu gestaltet. Die 10-Gramm-Abschnitte der auf insgesamt 50 Gramm lautenden Reisebrotmarken fallen weg.

Dadurch wird eine Umgestaltung der Marken bedingt. Der kleine schwarze Reichsadler erscheint am linken Rand. Unter dem Wort „Reisebrotmarke“ wird anstatt „40 Gramm Gebäck“ künftig „50 Gramm Gebäck“ stehen. Endlich werden die Marken bogen um 1 Zentimeter schmaler gehalten werden.

Die in Bayern und Württemberg zur Ausgabe gelangenden 50-Gramm-Marken werden sich von denen in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr unterscheiden.

Durch diese Umgestaltung wird die Gültigkeitsdauer der bisher verausgabten 50-Gramm-Marken mit 10-Gramm-Abschnitten nicht beeinträchtigt. Sie bleiben also neben den neuen Marken dauernd gültig.

## Berliner Lebensmittel.

Die Stadt Berlin gewährt den Jugendlichen einmalig eine Flasche sterilisierte Milch von etwa ½ Liter Inhalt auf besondere Bezugsscheine. Die Ausgabe der Bezugsscheine erfolgt bei den Brotkommissionen in der Zeit vom 12.—14. Juni gegen Vorlegung der Jugendlichen-Lebensmittellkarte. Die Bezugsscheine sind von den Empfangsberechtigten bis zum 18. Juni in den durch rosa Verkaufsschilder gekennzeichneten Buttergeschäften zur Abtrennung der Anmeldeabschnitte vorzuliegen. Die Geschäfte sind bei den Brotkommissionen bekannt, sie werden auch durch Säulenanschlag veröffentlicht. Die Flaschenmilch wird vom 26. Juni bis zum 6. Juli 1918 gegen Abgabe der Bezugsscheine verabfolgt werden.

Auf Abschnitt 12 der Berliner Zuckerkarte sind in der Zeit vom 16. bis 30. Juni ¼ Pfund Verbrauchszucker und ¼ Pfund als Ausgleich für die verminderte Brotproduktion, zusammen also ½ Pfund Zucker. Auf Abschnitt 13 der Berliner Zuckerkarte in der Zeit vom 1. bis 15. Juli ¼ Pfund Verbrauchszucker und ¼ Pfund als Ausgleich für die verminderte Brotproduktion, zusammen also ½ Pfund Zucker abzugeben. — Auf einen besonderen Abschnitt der demnächst zur Ausgabe gelangenden neuen Zuckerkarte in der Zeit vom 16. bis 26. Juli 2 Pfund Einmachzucker oder 3 Pfund Konfitüre. Nur wer nachweisen kann, daß er am 10. Juni seinen händigen Aufenthalt in Berlin gehabt hat, hat Anspruch auf Einmachzucker. Später Hinzugezogene haben sich an den Ort ihres früheren Aufenthaltes zu wenden, falls sie auf solchen Zucker Anspruch machen.

Denjenigen Berliner Einwohnern, die zur Zeit der Sonderverteilungen verreiselt sein werden und sich Zuckeraustauschkarten ausstellen lassen, werden bei Ausbändigung oder Ueberlieferung der Umtauschkarten oder, falls diese schon in ihrem Besitze sind, nach ihrer Rückkehr von der Reise gegen Vorlegung der über die Ausgabe der Umtauschkarten ausgestellten Bescheinigungen die Sonderverteilungen von der Zuckerversorgungsstelle, Kommandantenstraße 80/81, zugewiesen werden.

In der Zeit vom Donnerstag, den 13. bis Mittwoch, den 19. Juni wird in den Bezirken der 135. bis 143., 145., 146., 149., 184., 217., 224., 231., 232., 234. Brotkommission auf das Mittelstück der zur Zeit gültigen Speisezetteln pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Ein Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet heute in der Philharmonie, Bernburger Straße 22/23, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr. Eintrittspreis 80 Pf., Kasseneröffnung 7 Uhr.

Ein Revolververderb. In der Nacht zu Dienstag gegen 1 Uhr gerieten der 81 Jahre alte Kupferschmied Robert Marquardt, der 18 Jahre alte Flugzeugführer Willi Müller und der 16 jährige Arbeiter Erich Kunze aus Lichtenberg vor dem Hause Brookauerstraße 27 in einen Streit, in dessen Verlauf M. eine Browningpistole zog und drei Schüsse abfeuerte. R. wurde durch eine Kugel am rechten Unterarm verletzt und nach Anlegung von Verbänden auf der nächsten Rettungsstelle dem elterlichen Wohnhause zugeführt.

Der Täter konnte festgenommen werden und ist der Kriminalpolizei übergeben worden.

Einer der verwegenen Einbrüche der letzten Zeit wurde in den Pfingstfeiertagen bei dem Juwelier Sedlitz in der Leipziger Straße 108 verübt. Für mehr als eine Viertelmillion Schmuck- und Wertachen fielen den Tätern in die Hände. Jetzt ist es gelungen, den Einbruch aufzuklären. Ein im Februar d. J. nach Verbüßung einer fünfjährigen Justizstrafe entlassener Richard Gabelfuß öffnete zusammen mit dem Stuttger Rudolf Fehlehaber und einem fahnenflüchtigen Zimmermann Fritz Seif am ersten Feiertage nachmittags die Tür zu den über dem Geschäft liegenden Arbeitsräumen von Sedlitz. Die Diebe durchdrangen dann den Fußboden und ließen Gabelfuß an einem Stiel in die Ladenräume hinab, wo er die Goldschätze in eine mitgebrachte Handtasche steckte. Spät abends überzeuete sich Gabelfuß, daß der Diebstahl noch nicht entdeckt sei und entschloß sich zu einem zweiten Versuch. Da er keine Mittäter nicht gleich fand, wandte er sich an den Schlosser Otto Jänike und den Arbeiter Eduard Dorey. Mit ihnen brach er am zweiten Pfingstfeiertag morgens noch einmal in das Geschäft ein und entwendete einen großen Posten Uhren. Gabelfuß verkaufte seine Beute für 7000 M. an den Händler Max Jakobowski, Dorey und Jänike veräußerten das gestohlene Gut größtenteils an den Kaufmann Wilhelm Schimmel aus der Linienstraße. Alle Beteiligten mit Heilern und Zwischenhändlern, zusammen 11 Personen, sitzen jetzt in Untersuchungshaft.

Cöpenick. 18½ Pfennig-Strassenbahnarif. Auch die Cöpenicker städtische Strassenbahn wird am 1. Juli ihre Fahrpreise erhöhen. Die einfache Fahrt soll 15 Pf. kosten gegen bisher 10 Pf. Ferner werden Blocks mit 6 Fahrtscheinen zu 80 Pf. ausgegeben, so daß sich die Fahrt auf nicht ganz 13½ Pf. stellt. Die Preise für die Restkarten werden in derselben Weise und für Arbeiterkarten von 60 Pf. auf 1 M. erhöht.

Reinickendorf. Aus der Gemeindevertretung. Einen erfreulichen und für die künftige Entwicklung des Ortes bedeutsamen Beschluß faßte die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung. Reinickendorf hat keinen von den Aufsichtsbehörden genehmigten Bebauungsplan. Seit 80 Jahren ist ein solcher in Bearbeitung. Als der von einem Landmesser nach echter Schachbrettmannier gefertigte Plan endlich fertig war, wurde er erfreulicherweise vom Zweckverband nicht genehmigt. Nach mehrjähriger Verzögerung beschloß nun die Gemeindevertretung die Bearbeitung des unter Zugrundelegung neuerlicher Gesichtspunkte anzufertigenden Bebauungsplanes dem bekannten Städtebauer Janßen zu übertragen. Eine sofort gewählte Kommission wird in steter Fühlung mit dem Genannten einen den Wünschen der Gemeindevertretung und modernen Grundrissen entsprechenden Bebauungsplan erstellen. Bedeutungsvoll in dieser Beziehung zu werden verpricht auch der Beschluß der Gemeindevertretung auf Erwerb des jetzt der Stadt Berlin gehörigen Seegrundstückes.

Die Gemeindevertretung beschloß fobann, den mit der Gemeinde Wittenau bestehenden Wasserlieferungsvertrag mit einigen Änderungen um 10 Jahre zu verlängern.

Der Vorsitzende des Ernährungsamtes teilte fobann mit, daß das in der letzten Sitzung gewählte vierte Mitglied des Vorstandes, Genosse Schönberg, die Annahme des Amtes abgelehnt habe. Herr Konowitsch (Unabh. Soz.) erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er über den Beschluß, unieren Genossen in den Vorstand des Ernährungsamtes zu wählen, beim Landrat Beschwerde geführt habe. Von verschiedenen Seiten wurde diesem energischen „Verteidiger der Selbstverwaltung“ im Laufe der Sitzung unzweideutig zu Gemüte geführt, wie die Gemeindevertretung solche und ähnliche Leistungen dieser Herren bewertet. Die gleichen Vorbeeren erntete er auch gelegentlich der Besprechung zweier Beschwerden betreffend Entziehung der Erlaubnis zur Benutzung einer Turnhalle durch den Arbeiterturnverein und von Mißständen beim Mietseinnahmsamt.

Es blieb unieren Genossen überlassen, aus den Beschwerden den sachlich berechtigten Kern herauszuschälen — im Gegenlat zu Herrn Konowitsch, der es darauf anlegt zu haben schien, durch Schimpereien und sinnlose Beschuldigungen die zum Teil gravierenden Tatbestandsmerkmale völlig zu verwischen. Uniere Genossen erreichten, daß sich die Gemeindevertretung auf den selbstverständlichen Standpunkt stellte, daß für die Genehmigung zur Benutzung der Gemeinde-Turnhallen politische Erwägungen auszusprechen seien und daß es dem Sekretär des Mietseinnahmsamtes nicht gestattet ist, Anträge auf Einleitung von Klagen beim Mietseinnahmsamt abzulehnen, weil etwa die Klageforderung seiner Ansicht nach nicht berechtigt ist. Es wurde ausdrücklich festgestellt, daß diese Praxis durchaus den Wünschen der Mitglieder des Mietseinnahmsamtes widerspricht. Der Beamte wird sowohl vom Gemeindevorstand als auch vom Vorsitzenden des Mietseinnahmsamtes dahin belehrt werden, daß er nicht berechtigt ist, Anträge auf Entscheidungen des Mietseinnahmsamtes abzulehnen.

— Eierverteilung. Auf Abschnitt 9 der Eierkarte werden in den Eierverkaufsstellen von heute ab je 2 Eier a 88 Pf. abgegeben. Die Eier müssen bis einschließlich 15. d. M. abgeholt werden, spätere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Friedenau. Einführung der Sonntagsruhe. Der Gemeindevorstand hat nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschloffen, entsprechend dem Vorgehen der meisten Groß-Berliner Gemeinden auch für den Gemeindebezirk Friedenau die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen, allerdings in der Voraussetzung, daß Steglitz daselbst tut. Ein dahingehender Gemeindebeschluß für Steglitz liegt bereits dem Regierungspräsidenten vor.

Weißensee. Lebensmittel. Auf Abschnitt 12 und 13 der Lebensmittelkarte für Jugendliche entfallen insgesamt 250 Gramm Kornsuppen, Iose Suppen und Sago, deren Entnahme vom 13. ab erfolgen kann. Sie muß in dem Geschäfte stattfinden, in welchem der Inhaber der Lebensmittelkarte für Jugendliche zum Bezuge von Nahrungsmitteln angemeldet worden ist. Anspruch auf eine bestimmte Art der vorbezeichneten Nahrungsmittel kann von dem Verbraucher nicht erhoben werden.

## Groß-Berliner Parteinahrichten.

### Groß-Berlin.

Heute abend 8 Uhr: Mitgliederveranstaltungen und Zusammenkünfte der Parteigenossen in folgenden Lokalen:

#### Berlin I.

bei Glanz, Kommandantenstraße 88.

#### Berlin II.

bei Gabel, Bergmannstr. 5—7, Generalversammlung.

#### Berlin III.

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Generalversammlung.

#### Berlin IV.

Petersburger Viertel: bei Kühn, Schreinerstr. 58, Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung und zum Bezirkstag. — Landsberger Viertel: im Gyllium, Landsberger Allee 40, Stellungnahme zum Bezirkstag. — Frankfurter Viertel: Kleines Gewerkschaftshaus, Elisabethstr. 11. — Stralauer Viertel: bei Kienig, Simon-Dach-Straße 24, Ede Revaler Straße. — Götlicher und Götlicher Viertel: bei Deuss, Lauffer Str. 48, Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

**Berlin V.**  
bei Siemens, Diniestr. 8 und Joststr. 4, Generalversammlung.  
**Berlin VI.**

1. und 2. Abt. bei P. Dobrowla, Swinemünder Str. 11. —  
3. u. 4. Abt. bei Burg, Brenzlauer Allee 189, Ecke Raumerstr. —  
5. Abt. bei Grünau, Stahlheimer Str. 30. — 6. Abt. bei Goldschmidt,  
Stolpische Str. 38. — 7. Abt. bei Korn, Gleimstr. 10, Ecke Kallplatz.  
— 8. Abt. bei Hoffmann, Swinemünder Str. 47. — 9. Abt. bei  
Obige, Straalsunder Str. 11. — 10. Abt. bei Carus, Voltastr. 37. —  
11. Abt. bei Paul, Gartenstr. 101. — 12. u. 15. Abt. bei Bauer,  
Birkenstr. 29a. — 13. u. 14. Abt. bei Kleinert, Legehofstr. 21, Ecke  
Nagowstraße. — 16., 17., 20., 21. und 22. Abt. bei Sachs, Lindower  
Straße 26. — 18. u. 19. Abt. im „Schwebenzelt“, Egerzierstraße.

**Teltow-Beskow.**

Alt-Mienke-Hallenberg bei Frey, Köpenicker Str. 65.  
Brig-Bukow: bei Otto Bahr, Priy, Werder Str. 37.  
Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 4.  
Friedenau: Kaiser-Wilhelm-Garten, Rheinstr. 66.  
Mariendorf. Der Jahlabend findet nicht heute, sondern erst  
Mittwoch, den 19. d. M., statt.  
Reuthaus: „Passage-Festsaal“, Bergstr. 161/52.  
Schöneberg: bei Obst, Martin-Luther-Str. 69.  
Steglitz: bei Clement, Büppelstr. 7.  
Tempelhof: bei Schade, Berliner Str. 121.  
Wilmersdorf: bei Schumann, Schwarzkopff-  
straße 120.  
Wilmersdorf: bei Schäfer, Brandenburgische Str. 69.

**Niederbarnim.**

Frederick-Petersbagen: bei Feuer in Petersbagen. Tages-  
ordnung: Kommunale Fragen.  
Lichtenberg: im Lokale von Otto Kay, Köllendorferstr. 106,  
schrägüber dem Rathaus.  
Oberschöneweide: bei Labewig, Laufenerstr. 5.  
Reinickendorf-Ost: bei Böchner, Residenzstr. 15.  
Weißensee: bei Stärke, Charlottenburger Straße 3.

**Soziales.**

**Krankhafte Veranlagung und Betriebsunfall.**

Der jugendliche Schlosser M. veripürte, als er ein 4 Zentner  
schweres Gitter anheben wollte, an dem er arbeitete, plötzlich ein  
schmerzhaftes Knacken im rechten Oberschenkel. Er konnte nicht

mehr arbeiten, mußte sich vielmehr von einem Kollegen nach Hause  
bringen lassen. Der am anderen Tage zu Hause gezogene Arzt  
ordnete die Ueberführung in das Kreiskrankenhaus in Neudöfen an,  
wo ein Schenkelhalsbruch festgestellt wurde.

Der erhobene Anspruch auf Unfallrente wurde von der Nord-  
östlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft mit den dabei ab-  
gegebenen Redensarten abgelehnt: kein plötzliches Ereignis, keine über  
das übliche Maß hinausgehende schwere Arbeit u. dergl.

Das Oberverwaltungsamt Groß-Berlin, das noch immer die  
Rechtsprechung des Reichs-Verwaltungsamts in solchen Fragen nicht  
kennt, fällte das schiefe Urteil, worin es noch ausdrückte, nach dem  
ärztlichen Gutachten handele es sich bei M. um eine lokalisierte,  
abnorme Herabsetzung der Knochenfestigkeit, wie sie bei jungen  
Leuten öfter vorkomme.

Beim Reichsversicherungsamt nahm die Sache einen anderen  
Verlauf. Dieses vernahm noch die Mitarbeiter und holte ein Ober-  
gutachten ein. Die Berufsgenossenschaft wurde verurteilt. In den  
Urteilsgründen heißt es u. a.:

„Der bei dem Kläger bestehende Krankheitszustand ist nach dem  
Gutachten des Prof. Dr. S. entweder durch den behaupteten Unfall  
hervorgehoben oder wesentlich verschlimmert worden. Der Umstand,  
daß der Kläger ursprünglich bestimmte Angaben über den Unfall  
nicht gemacht hat, findet nach Prof. Dr. S. darin seine Erklärung,  
daß bei dem als Coxa vara bezeichneten Krankheitsbilde das  
vorangegangene Trauma vielfach nicht besonders ausgeprägt  
ist und daher die Möglichkeit besteht, daß auch den  
Verletzten selbst nicht klar zum Bewußtsein kommt, daß ihr  
Leiden mit einem als Unfall bezeichneten Vorgang in  
Zusammenhang steht. Daß tatsächlich ein solcher Vorgang statt-  
gefunden hat, ist vom Reichsversicherungsamt auf Grund der Aus-  
sagen der Zeugen D. und F. als erwiesen angenommen. Zwar  
haben diese den Vorfall selbst nicht beobachtet, sie wissen aber, daß  
der Kläger an dem Tage, an welchem er die Arbeit in der Eichen  
Schlosserei eingetreten hat, ein schweres Gitter zu bearbeiten hatte  
und daß er am Abend dieses Tages nur mit Unterstützung des  
Zeugen F. hat nach Hause gehen können. Sordor hat der Kläger  
wie ein Gesunder seine Arbeit verrichtet, drei Tage nach der Ein-  
stellung der Arbeit hat er das Krankenhaus aufsuchen müssen. Bei  
dieser Sachlage ist es durchaus wahrscheinlich, daß der Kläger, der  
schon vor dem fraglichen Vorfall an einer abnormen Herabsetzung  
der Knochenfestigkeit gelitten hat, bei dem Anheben des schweren  
Gitters eine Verletzung des nicht genügend widerstandsfähigen  
Oberschenkelhalses eingetreten ist.“

Da nun Dr. S. diesen ursächlichen Zusammenhang annimmt,  
und da auch Dr. D. dessen Möglichkeit zugibt, ersieht dem Reichs-  
versicherungsamt der ursächliche Zusammenhang dargetan.“

**Aus aller Welt.**

Die Neungammer Erbgasquelle verfiert. Hamburg, 11.  
Juni. Die im November 1910 in Neungamme angebohrte Erd-  
gasquelle ist nach einer Mitteilung der Hamburger Gewerbe-  
n u n mehr böllig verfiert. Die Quelle, der Anfangs das  
Gas mit einem Druck von 27 Atmosphären entströmte, ließ schon  
seit längerer Zeit langsam nach, so daß mit dem bölligen Verfierten  
gerechnet wurde. Dieser Zeitpunkt ist schneller, als man gedacht,  
eingetreten. Hamburg ist böllig auf seine Gaswerke angewiesen.

**Briefkasten der Redaktion.**

**G. R.** Sie haben als Mutter Anspruch an dem Nachlaß des Sohnes.  
Da die Ehe kinderlos war, erbt die Frau die Erbschaft im voraus, vom  
übrigen Nachlaß steht Ihnen die Hälfte zu. — **Kanonier B. 100.**  
Ihre Frau möchte sich wegen der unzureichenden Mietsteige-  
rung an das Mietverwaltungsamt wenden. — **R. R. 48.** Die Zu-  
lage bezieht sich nur auf Unfallrenten, die über 60% Proz. betragen.  
— **Janz-Zährdter 1000.** Der Anspruch ist verfiert. — **Zeppel 82.**  
Anspruch darauf besteht nicht, das sind freiwillige Zuwendungen. —  
**A. B. 16.** Der über 38,50 M. betragende wöchentliche Lohn kann ge-  
kündet werden. — **R. B. 100.** Der Lehrmeister ist nicht verpflichtet,  
mehr Entschädigung, als im Vertrag ausgemacht ist, zu zahlen. Wegen  
der sonstigen Gründe können Sie den Sohn nicht ohne weiteres aus der  
Lehre nehmen. Sie könnten nur auf Erfüllung des Vertrages beim zu-  
ständigen Gewerbe- oder Amtsgericht klagen. — **B. M. 100.** Sie sind  
bestimmter strafbar. — **A. B. 555.** Rein. — **Nr. 1918.** Ja. — **B. 34.**  
Die Armenkommission konnte die Zurückzahlung der Unterstützung vom Gu-  
haben der Tochter beanspruchen. — **Seefeldt Klandern.** Sie erhalten  
als Ehefrau diese besondere Zuwendung, da Ihr Mann bei der Marine dient.  
— **C. D. 88.** Da die Mietsteigerung nicht erheblich ist, so werden Sie  
durch Anrufung des Mietverwaltungsamtes nichts erreichen können. — **G.**  
**2.** Sie müssen dazu die Genehmigung der Ortspolizei haben. — **11. B.**  
**1.** Der Ehemann kann die Sachen zurückfordern. 2. und 3. Rein. — **A. B.**  
**5.** Die Verwandten haben in dem Fall Erbschaftsprüfung. Nähere An-  
weisung darüber erhalten Sie in der Sprechstunde. — **R. 333.** Zeugen  
Sie doch zunächst bei dem betreffenden Postamt über die Erledigung Ihrer  
Sache nach. — **R. D. 100.** Ein solches Gesuch muß an das General-  
kommando des Truppenteils gerichtet werden, dem der zu Reklamierende  
angehört. — **M. 100.** Darüber besteht noch keine Abmachung. —  
**Frida 78.** Unterstützung wird in diesem Falle sicher nicht gewährt, da  
Beschäftigung nicht als notwendig erachtet wird. — **G. B. 46.** Ihr  
Ehemann kann die Arbeit in Et. nicht ohne weiteres aufgeben. Er  
hätte dann zu gewährleisten, daß er dann zum Heeresdienste einbezogen  
wird. Er muß die Ausbändigung eines Abfertigungs verlangen.  
**Geleiter B. 100.** Ja. — **B. 30.** Argend welchen Anspruch auf Ent-  
schädigung oder Lohnzahlung an die Erben haben Sie in diesem Falle  
nicht. Wegen der Bezahlung aber könnten Sie sich an die Erben wenden.

Schirmherrin: Ihre Kaiserl. u. Königl. Hoheit die Frau Kronprinzessin des Deutschen Reiches u. von Preußen.

**Aufruf!**

Dieser Krieg wird nicht nur auf den Schlach-  
feldern entschieden, auch auf wirtschaftlichem Gebiet  
müssen Schlachten geschlagen und — gewonnen  
werden.

Weit über die Reichsgrenze in Feindesland schirmt  
deutsche Wehrkraft den Frieden des deutschen Herdes,  
sichert sie der Arbeit daheim ergiebige Betätigung.  
Fürsorglich spendet das Wirtschaftsleben der unfrie-  
deten Heimat immer aufs neue die Mittel, unab-  
lässig schmiedet es die Waffen, deren Heer und Flotte  
zu weiterer Abwehr bedürfen.

Deutsche Wehr- und Wirtschaftskraft, untrennbar  
Hand in Hand werden dem verzweifeltsten Ansturm  
neiderfüllter Feinde Trotz bieten und sich in der Welt  
behaupten.

Aus der Reichsbank, Deutschlands Kustkammer  
für den Wirtschaftskampf der Nationen, empfängt das  
deutsche Volk heute mehr denn je seine Waffen zu  
Schutz und Trutz. Auf den Goldschatz der Reichsbank  
vornehmlich gründet sich des Vaterlandes wirtschaft-

liche Kraft. Seine Stärkung mehrt die Gewißheit  
unseres Sieges, dämpft die letzte Hoffnung der  
Segner, uns — wirtschaftlich — niederzuringen.

Die Ablieferung der Goldmünzen war und bleibt  
notwendig. Aber, sollen die gewaltigen Mengen un-  
geprägten Goldes, soll all der entbehrliche Goldschmuck  
ungenützt bleiben? Wandelt auch dies Gold zu Waffen!  
Macht es dem edelsten Zwecke dienstbar, den diese  
Zeit uns dafür weist: Mehrt damit den Goldschatz der  
Reichsbank!

Das Opfer, das von Euch verlangt wird, wiegt  
leicht gegenüber den Opfern an Blut, die unsere Helden  
fort und fort im Felde bringen. Was Ihr abliefern, wird  
zum vollen Goldwerte vergütet. Um so leichter wird  
Euch also die Erfüllung Eurer vaterländischen Pflicht.

Herans daher mit all dem überflüssigen goldenen  
Schmuck und Gerät aus Truhe und Schrank!

Alles entbehrliche Gold dem Vaterlande!  
Helst, die Reichsbank, die Kustkammer deutscher  
Wirtschaftskraft, mit goldenen Waffen füllen!

Berlin, im Juni 1918.

**Der Ehrenausschuß:**

Dr. Graf von Hertling  
Reichkanzler.

D. Wermuth  
Oberbürgermeister, Vorsitzender.

Dr. Havenstein  
Präsident des Reichsbankdirektoriums.

**ZÄHNE** mit echtem Friedens-Kautschuk.  
von 3 M. an.  
Spezialität:  
Zähne ohne Gaumenplatte. Vollgoldkronen v. 20 M. an!  
**Keine Luxuspreise!** Umarbeitung, schlechtsitzender  
Gebisse, Reparaturen sofort.  
Persönliche fachmännische Munduntersuchung  
und Rat gratis. — 20jährige Fachtätigkeit!  
Sprechstunden: 10-1 und 3-7 Uhr, Sonntags 10-12.  
**Zahn-Praxis Klömpen**  
Nur Lindenstr. 95 zwischen Markthalle  
und Jordan.  
**Udervertaltung, Schwindelanfälle**  
Herzbestimmungen, Angst- und Schwächezustände.  
Verlangen Sie ausführliche Gratis-Broschüre.  
Dr. Gobhard & Cie., Berlin 130, Potsdamer Str. 104a.

**Möbel auf Kredit**  
an jedermann.  
: Kleinste Anzahlung. :  
: Größte Rücksicht. :  
: Bequemste Abzahlung. :  
Reichhaltiges Lager in ganzen Ein-  
richtungen (Einzelne Stücke werden bereit-  
willig abgegeben.)  
Große Auswahl farbiger Küchen.  
Liefere auch nach auswärts.  
**M. Landwehr**  
Müllerstraße 7, I (Weddingplatz)  
Blaue Schilder beachten.  
Sonntags 8-10 geöffnet.

**Volks-**  
**Lichtheilanstalt**  
Invalidenstr. 130 II, St. 29f.  
Gute Erfolge seit 1907 bei  
**Geschlechts-**  
**Leiden**  
Haut-, Flechten- u. Wunden  
Gicht- Rheuma- u. Schwäche  
**Frauenleiden**  
Dr. med. Henseler, prakt. Arzt  
Sprechz. 5-8 u. 10-11 Donnerst.  
Sonntag 10-11  
Harn-, Blutuntersuchung  
im eigenen Laboratorium  
Volkstümliche Preise  
Pröp. d. Oskar Voelker.

**Künstl. Zähne** mit echtem Friedenskautschuk  
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehen  
mit Betäubg., Umarbeitg., Reparatur, sof. Bill. Preise, auch Teilz.  
**Zahn-Praxis M. Löser, nur Brunnenstr. 185,**  
nahe Invalidenstr. Persönlich zu sprechen von 9-7, Sonntags 9-12 Uhr.  
Um sich vor Verwechsl. z. schützen, bitte a. m. Firma z. solt. I.  
**Eigenes Zahntechnisches Laboratorium.**  
**Ein Drochfenbeißer, die selbst fahren,**  
sind noch mehrere Pferde zu verleihen.  
Bedingungen einzusehen:  
**Allgemeine Berliner Omnibus-Vereinigung.**  
Berlin W., Kranienstr. 10.  
und in den Omnibus-Depots: Guelienaustr. 12-14.  
Wattstr. 22-24, Marienburger Str. 41-46.



Eine Katastrophe im Weltall.

Der neue Stern im Adler.

In unendlichen Tiefen des Weltens, an einer Stelle, wo noch tags zuvor nicht das schwächste Lichtpünktchen zu sehen war, ist urplötzlich eine strahlende Sonne aufgeklammert.

In der folgenden klaren Nacht, gegen 11 Uhr M.E.Z. erblickte ich das neue Gestirn am südöstlichen Himmel bereits trotz den störenden Lichtquellen innerhalb der Stadt.

Bei dem völligen Fehlen hellerer Objekte in dieser Himmelsgegend ist eine Verwechslung des neuen Sterns mit anderen Fixsternen ausgeschlossen.

Der neue Stern steht nicht, wie zuerst gemeldet, im Sternbild der Schlange, sondern noch innerhalb des Adlers.

Man hatte die erwähnte starke Verschiebung namentlich der Wasserstofflinien auch im Jahre 1901 bei der Nova Persei beobachtet; sie war nach der violetten Seite so groß, daß man danach berechnen konnte, daß das Licht absorbierende Wasserstoffgas sich mit der unvorstellbaren Geschwindigkeit von 700 Kilometer in der Sekunde auf uns zu bewege.

Wie jetzt der neue Stern im Adler, so tauchte auch vor siebzehn Jahren die Nova Persei ganz plötzlich aus den dunklen Tiefen des Universums auf.

drei bis fünf Tage umfachten und sich über eine Größenklasse erheben. Der Stern war bald 4. bald 5. Größe, bald weißgelblich, bald stark rot.

Die entfiel nun eine so ungeheure Katastrophe im Weltraum? Man nahm früher an, daß zwei dunkle Himmelskörper, erkaltete Sonnen, zusammenstießen, und daß die gebremste Energie der heiderseitigen Bewegung sich in Licht und Wärme umsetzt.

Wäre dieser neue Adliertern, der in Kriegsjahren aufgeleuchtet ist, der Menschheit ein himmlischer Strahl der Verheißung werden, möge er dem Stern des Friedens sein, zu dem die irdische Menschheit, bald dankbar emporblickt.

Die Reform des Lichtspiels.

Im Abgeordnetenhause veranstaltete am Freitag abend der Deutsche Ausschuss für Lichtspielreform eine Musterführung, um Aufklärung über die Ausgangspunkte und Ziele seiner Bestrebungen zu geben.

Den Hauptvortrag des Abends hielt dann Stadtbüchereidirektor Dr. Klerkecht-Stein über das Lichtspiel im Dienste der Bildungspflege.

Das kleinste Auto der Welt.

Bereits im ersten Kriegsjahre wurde kurz über eine amerikanische Neuerung berichtet, über eine technische Erfindung zur schnellen Beförderung einzelner Personen.

Notizen.

Richard Boh ist in seiner Villa am Königssee bei Verchesgaden im Alter von 67 Jahren gestorben.

Richard Boh war der Sohn eines pommerischen Landwirts.

Spiritus aus Torfmoor und Baumflechten will eine englische Gesellschaft in Schweden herstellen.

Lodz.

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Raymond.

„Das ist alles vorbei! Vorbei!“ — dachte er mit einem eigentümlichen Gefühl der Leere, wie wenn es ihm um diese Zeiten leid wäre, leid um die nie mehr wiederkehrenden Träume, um die vom Leben erfüllten Aufwallungen.

In dieser Stimmung durchschritt er die Appretur. Da kreuzte ihn ein Arbeiter den Weg.

„Was gibt's?“ fragte er kurz, ohne sich aufzuhalten.

„Ja, unser Meister, der Herr Puffe, der hat g'sagt, daß vom 1. April ab fünfzehn Arbeiter abgeschafft werden.“

„Ja, Neue Maschinen werden aufgestellt, die brauchen nicht so viel Leute zur Bedienung wie die alten.“

Der Arbeiter drehte seine Mühe in der Hand herum, wußte nicht, was er sagen sollte, und wagte auch nicht zu sprechen.

„Und was werden wir aufpassen?“

„Ihr werdet euch wo anders nach Arbeit umschauen. Nur die werden behalten, die schon länger bei uns arbeiten.“

„Wir arbeiten doch auch schon drei Jahre.“

„Ich kann euch nicht helfen, wenn die Maschinen euch nicht brauchen. Die arbeiten allein. Uebrigens, bis zum Ersten kann's ja noch anders werden, wenn wir die Weidje bergdöppern.“

Schweigend sahen sich die Arbeiter an. Unruhe glänzte in ihren Augen. Was wird es morgen geben? Ohne Arbeit: Elend und Not.

„Dieser sind's und keine Maschinen. Hunde, verfluchte,“ flüsternte ein Arbeiter und stieß eine Maschine mit dem Fuß, voll Haß und Wut.

„Die Ware fällt auf den Boden,“ schrie der Meister.

Reich richtete der Arbeiter seine Mühe auf, beugte sich etwas herab und fing ruhig wie ein Automat den roten Barchent aus der Maschine auf.

III.

Im Restaurant des Hotels Viktoria war es ganz voll. Die Kellner liefen nach allen Richtungen, in ihren fettigen Fräcken und mit schmutzigen, zerknüllten Servietten.

„Lodzer Zeitung! Täglicher Kurier!“ und wandten sich zwischen den Tischen durch.

„Die Lodzer her!“ rief Moriz, der unterm Fenster im Blätterzimmer saß, von einigen Schauspielern umgeben, die ständig in der Aneipe waren.

Er durchflog die Zeitung und schaute ungeduldig auf die Tür. Er wartete auf Vorowiecki. Endlich stand er auf und ging ins andere Zimmer, wo er einen Bekannten erblickte.

„Leo, wann bist denn angekommen?“

„Heut früh.“

„Wie ist die Saison bekommen?“ fragte er, sich neben ihn auf ein grünes Sofa niederlassend.

„Ausgezeichnet.“ Leo legte die Beine auf einen Stuhl und knipfte seine Weste auf.

„Heut hab' ich an dich gedacht, gestern sprach ich sogar mit Vorowiecki über dich.“

„Vorowiecki! Der von Buchholz?“

„Ja.“

„Ich habe gehört, er will selbst was aufmachen.“

„Deshalb sprachen wir grad über dich.“

„Ne, und worum handelt es sich? Wolle?“

„Baumwolle!“

„Allein?“

„Wie kann man's heut wissen.“

„Geld gibt's?“

„Es wird schon welches geben, und unterdessen gibt's was anderes, Kredit...“

„Kampagnegeschäft mit dir?“

„Und mit Baum, kennst du den Max?“

„Na ob! Der Wechsel hat einen Fehler, ein Giront ist unsicher! Vorowiecki —“ setzte er nach einer Weile hinzu.

„Warum?“

„Ein Polack!“ sagte er wegwerfend und streckte sich ganz aus.

Moriz lachte lustig. „Da kennst du ihn schlecht, man wird in Lodz von ihm noch viel reden. Ich glaube an ihn wie an mich selbst. Er macht noch 'n feines Geschäft.“

„Und Baum, was sagt er dazu?“

„Baum ist ein Dohs, man muß ihn ausschlafen und ausreden lassen und ihm dann eine Arbeit geben. Arbeiten wird er wie ein Dohs. Uebrigens ist er gar nicht so dumm. Du könntest uns viel helfen und selbst viel verdienen. Krongold hat uns schon Dfferten vorgelegt.“

„Geht nur zu Krongold, das ist 'ne große Person, er kennt all unsere Leute, die Schnittwaren kaufen für hundert Rubel jährlich; er ist ein großer Reisender für Kutno, für Skierniowice.“

„Nacht mit ihm a' Geschäft, ich will mich nicht aufdrängen! Ich habe genug für mich. Ich habe einen Brief von Buchholz bei mir, er will mir eine Agentur für seine Waren für den ganzen Drien geben, und was für Bedingungen!“

„Zierberhaft begann er sich aufzuknöpfen und in allen Taschen nach dem Briefe zu suchen.“

„Ich weiß, brauchst nicht suchen. Vorowiecki sagte es mir gestern, er hat dich nämlich Buchholz empfohlen.“

„Vorowiecki! Wirklich? Warum?“

„Weil er ist ein kluger Mensch und denkt an die Zukunft.“

„So mir nichts, dir nichts? Er hätt' doch bei so a' Geschäft klug verdienen können. Ich hätt' selbst gegeben zwanzigtausend bares Geld, wie ich hier sitze. Was hat er davon? Dabei kennen wir uns fast gar nicht.“

„Was er von hat, wird er dir selbst sagen. Das eine kann ich dir bloß sagen, bar nimmt er nichts an.“

„Der Edelmann!“ flüsternte Leo höhnisch und mitteilvoll und brudete mitten ins Zimmer.

„Nein, er ist nur klüger als die klügsten Reisenden und Agenten im ganzen Osten“, erwiderte Moriz, mit dem Messer an den Biertrug anschlagend. „Hast du viel verkauft?“

„So an die vierzigtausend, an die zwanzig in bar, der Rest in besten Wechseln, viermonatigen, mit Sasonows Giro! Feines Geschäft.“

„Habe auch für dich eine Bestellung. Siehst du, das ist Freundschaft.“

„Auf wieviel?“

„Zusammen an die dreitausend Rubel.“

„Schnitt- oder Kurzwaren?“

„Kurz.“

„Wechsel oder Nachnahme?“

„Nachnahme? Gleich geh' ich dir die Bestellung.“

Er begann in einer riesigen, verschlossenen Brieftasche zu suchen.

„Was soll ich dir abgeben?“

„Wenn in bar, so reicht ein Prozent, unter Freunden.“

(Fortf. folgt.)

